

LANDTAGS NACHRICHTEN

24. Oktober

8 / 2012

www.landtag-mv.de



+++ Zukunft der Theater und Orchester in M-V +++ Änderung Schulgesetz +++ Abgeordnete und ihre Lieblingslehrer
+++ Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Insolvenz der P+S Werften Stralsund und Wolgast +++
Mindestrente +++ Anhörungen zu zwei Volksinitiativen +++ Zeitplan 2013 des Landtages +++



3	GASTKOLUMNE	„Keine faulen Kompromisse“ Kommentar von Andreas Frost, freier Journalist in M-V, zu den Theaterkonzepten für Mecklenburg-Vorpommern
4 – 21	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	AKTUELLE STUNDE	„Zukunft der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern“
6 – 11	BERICHTE	
6		Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand
7		Mindestrente
8		Erste Lesung Änderung Schulgesetz
9		Mein Lieblingslehrer – Abgeordnete erinnern sich
10		Berichtspflicht der Landesregierung zur Energiewende
11	WEITERE BESCHLÜSSE	Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung des Landes M-V Ambulante Pflege Situation für Lehrbeauftragte verbessern Umsatzsteuerbefreiung privater Musikschulen
12 – 21	ORIGINAL-DEBATTE	Beratung des Antrages der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften GmbH“ Konstituierung des Untersuchungsausschusses
22 – 25	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Enquete-Kommission: Vorstellung der Studie „Lebenssituation Älterer in M-V heute“ Finanz- und Agrarausschuss: Informationsbesuch im Landgestüt Redefin Europa- und Rechtsausschuss: Anhörungen zur Volksinitiative Gerichtsstrukturereform und zur Volksinitiative Landesverfassung Petitionsausschuss: Fahrradmitnahme in Zügen CLEAN-SHIP-Konferenz in Riga
26	SCHLOSSGESCHICHTEN	Zeitenwandel: Der Königssaal wird Radio-Senderaum
27	PANORAMA	Zeitplan des Landtages für 2013 Titelfoto (Cornelius Kettler) Schloss Schwerin, Hauptturm

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Keine faulen Kompromisse

Im vergangenen Sommer hat das Schweriner Staatstheater zusammen mit dem Zirkus Roncalli die Oper „Bajazzo“ aufgeführt. Für Bernhard Paul, Gründer und Direktor von Deutschlands derzeit erfolgreichstem Zirkus, trafen zwei Welten aufeinander, „die eigentlich zusammengehören“. Für ihn haben die Hochkultur und der Zirkus dieselben Wurzeln. „Wir kommen alle vom Marktplatz. Da haben die Schauspieler und die Gaukler früher genauso ums Publikum gebuhlt wie die Quacksalber und die Bärenreiber.“ Allerdings, so Bernhard Paul, habe die „so genannte Hochkultur“ ihre Ursprünge vergessen und schaue gern etwas herablassend auf den Zirkus herab: „Die Schauspieler wurden staatliche Beamte, aber die Gaukler und der Zirkus sind noch immer vogelfrei.“ Ohne jeden Schalk im Nacken fügt er selbstbewusst hinzu: „Der Zirkus ist nie subventioniert worden und hat dennoch überlebt.“

Trotz aller Unterschiede zwischen Theater und Zirkus kann Pauls Anmerkung durchaus als Kommentar zur aktuellen Diskussion um die Theater-Zuschüsse in Mecklenburg-Vorpommern interpretiert werden. Macht sie doch zweierlei deutlich: Staatliche Subventionen für Kunst und Kultur sind nicht selbstverständlich, und beides kann auch ohne öffentliche Zuschüsse funktionieren.

Daran gemessen sind die neun Varianten für eine neue Theater- und Orchesterstruktur, die Bildungsminister Mathias Brodtkorb (SPD) im September vorstellte, allesamt gemäßigte Reformmodelle. Alle gehen davon aus, dass nicht nur die Spielstätten, sondern auch die Schauspieler, die Musiker, das Bühnenpersonal und die Theaterverwaltung weiterhin aus Steuergeldern bezahlt werden.

Vom Land höhere Theater-Zuschüsse zu fordern, erscheint müßig. Mit dem gleichen Recht könnte man fordern, die Subventionen zugunsten anderer Projekte zu kürzen. SPD und CDU haben sich als demokratisch gewählte Mehrheit des Landtages festgelegt, es bis zum Jahr 2020 bei knapp 36 Millionen Euro an Theater-Subventionen zu belassen. Dafür gibt es wahrscheinlich genauso viele gute wie schlechte Gründe.

Also bleibt die Frage zu beantworten, in welchem Rahmen schaffen es die bestehenden Theater mit dem in Aussicht gestellten Geld am besten, ihre Bühnen so zu füllen, dass Stücke und Konzerte einerseits möglichst viele Mecklenburger und Vorpommern erreichen und andererseits den The-



Foto: privat

Andreas Frost arbeitet seit mehr als 20 Jahren als Freier Journalist in Mecklenburg-Vorpommern. Er schreibt unter anderem für die Schweriner Volkszeitung, den Nordkurier, den Berliner Tagesspiegel und die Nachrichtenredaktion Agence France Press.

atern genügend Freiraum bleibt für künstlerische Nischen und künstlerisches Neuland, wohin ihnen vielleicht nicht allzu viele Zuschauer folgen. Die Frage ist wichtiger als andere, weil sie aus Sicht des Zuschauers gestellt ist. Wobei es „den“ Zuschauer natürlich gar nicht gibt. Gleichwohl ist ihm in der Regel wichtig, was auf der Bühne gespielt wird, und nicht von wem und nicht, was hinter den Kulissen passiert oder in den vergangenen zwei Jahrzehnten passiert ist.

„ Staatliche Subventionen für Kunst und Kultur sind nicht selbstverständlich. “

Den meisten Nutzen für die Zuschauer verspricht offenbar die Reformvariante „Staatsoper Mecklenburg-Vorpommern“, laut der alle Musiktheatersparten im Land mit Chören und Sängern in einer Opernkompanie zusammengefasst werden. Kein anderes der Reformmodelle setzt auf längere Sicht ähnlich viel Geld frei, mit dem auch ein Mehr an Kunst und Kultur finanziert werden könnte.

Die Theater-Landschaft wird jedoch nicht vom Zuschauer reformiert. Kommunalpolitiker, Intendanten und Gewerkschaften reden ein gewichtiges Wort mit. Von den Landespolitikern ist zu hoffen, dass sie den Überblick behalten und den Mut haben, zwar die notwendigen Kompromisse einzugehen, aber solche faulen zu vermeiden, die nur dazu führen, dass die Debatte über die Theater-Zuschüsse in wenigen Jahren erneut aufbricht.

Künstlerisch sollen Politiker den Bühnen sowieso nicht hineinreden. Und auf Dankbarkeit sollten sie auch nicht hoffen. Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing? Nein, auch der Künstler, der Geld vom Land bekommt, darf ihm weiterhin den Marsch blasen.

Andreas Frost

Künftige Theaterlandschaft diskutiert

Kontroverse Debatte / Opposition sieht Qualität in Gefahr

Die Erneuerung der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern hat am 26. September zu einer kontroversen Debatte im Landtag geführt. Die SPD-Fraktion hatte das Thema für die Aktuelle Stunde vorgeschlagen. Nur einen Tag zuvor hatte Kultusminister Mathias Brodkorb neun Reformmodelle eines Münchner Beratungsunternehmens der Öffentlichkeit vorgestellt. Über diese soll bis Jahresende diskutiert werden, dann will der Minister eine Entscheidung treffen. Für dieses Vorgehen erhielt er Zustimmung von den Koalitionsfraktionen. Die Opposition dagegen sieht die Kulturlandschaft in Gefahr.

Fotos: Uwe Baleswski



Dr. Margret Seemann (SPD)

Die SPD-Abgeordnete **Dr. Margret Seemann** verteidigte den vom Kultusministerium eingeschlagenen Weg. Sie würdigte, dass die Landesregierung die Beteiligten nicht mit einem fertigen Konzept „vor vollendete Tatsachen stellt, sondern in einen offenen Dialog mit den Theatern, den Trägern, Künstlern und den an Kultur interessierten Bürgern tritt“. Das dürfte einmalig sein, unterstrich sie. Mecklenburg-Vorpommern bringe im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittlich hohe Mittel für Theater und Orchester auf. Mit 35,8 Millionen Euro erhalten ihren Worten nach die Träger der Theater und Orchester fast doppelt so viel Geld wie im Land Brandenburg. „Bei Landeszuschüssen auf die Einwohner herunter gerechnet ist der Betrag sogar dreimal höher als in Brandenburg“, sagte sie und plädierte für eine „ergebnisoffene Diskussion“.

Kultusminister **Mathias Brodkorb** appellierte an Theater und Kommunen, zusammenzurücken und gemeinsam nach tragfähigen Lösungen zu suchen. Mit den jetzigen Theater- und Orchesterstrukturen seien das Land und die Trägerkommunen überfordert. „Raus aus den regionalen Lagern, ran an den Tisch“, forderte er die Akteure vor Ort auf. Gelingen das Zusammenrücken nicht, sei ein kultureller Niedergang an



Kultusminister Mathias Brodkorb

den Theatern unausweichlich. Dem wolle das Land nicht tatenlos zusehen. Bei der Umstrukturierung stehe „nach Möglichkeit die Erhaltung der künstlerischen Qualität der Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern ... , gegebenenfalls sogar ihre Weiterentwicklung“, im Vordergrund.



Torsten Koplín (DIE LINKE)

Der kulturpolitische Sprecher der Linksfraktion, **Torsten Koplín**, kritisierte, dass das Land nicht bereit sei, seinen seit 1995 eingefrorenen Zuschuss in Höhe von 35,8 Millionen Euro pro Jahr den Kostensteigerungen anzupassen. Dies sei „grundfalsch und grob fahrlässig“. Damit werde es nicht möglich sein, das kulturelle Niveau des Theaterangebotes im Land zu halten, sagte der Abgeordnete. „Die Finanzpolitik steuert, die Kulturpolitik fährt hinten im Bus mit“, stellte er fest. Das Land dürfe die Kommunen als Träger nicht im Stich lassen und auf deren Kosten sparen. Die Linke wendet sich laut Koplín „entschieden gegen Entlassungen“ bei den Theatern. Er verwies mit Nachdruck auf die Volksinitiative, mit der mehr als 51.000 Menschen den Erhalt der kulturellen Vielfalt gefordert haben.



Marc Reinhardt (CDU)

Der CDU-Kulturpolitiker **Marc Reinhardt** warf insbesondere der Linken vor, bei ihr sei Zukunft immer mit mehr Geld verbunden. Wohin das führe, könne man in Griechenland sehen, sagte er. Auch seine Fraktion wolle ein flächendeckendes Angebot erhalten. „Wir wollen in Schwerin und Rostock Theater, wir wollen das auch in Parchim und Anklam, wir wollen das auch in Putbus, Wismar, Güstrow, Neustrelitz und Neubrandenburg“, zählt er auf. Über den „neuen“ Gedanken einer Landsträgerschaft müsse man diskutieren. Doch könnten die Kommunen nicht aus der finanziellen Verantwortung genommen werden. Land und Kommunen müssten an einem Strang ziehen, forderte er. Jetzt steckten im 35,8 Millionen-Euro-Topf „eigentlich ja auch nur 22 Millionen Landesgeld ... und 14,8 Millionen (kommen) aus der kommunalen Finanzmasse“.



Stefan Köster (NPD)

Stefan Köster (NPD) bemängelte, das Kultusministerium habe einen kostspieligen Gutachten-Auftrag an „Dritte“ vergeben. „Diese Aufgabe hätte das Ministerium allein bewerkstelligen können“, sagte er. Das Hauptproblem aber sei ein anderes. „Die Kulturschaffenden im Land, aber auch die Kulturpolitik haben sich weitgehend vom normalen Volk ent-

fremdet.“ Aus Sicht der NPD müsse den Bürgern „vor allem auch die eigene Kultur und die eigene Identität“ nähergebracht werden. Für ihn sei es „belastigend“, dass der „so genannte böse, böse Rechtsextremismus“ bei drohenden Einsparungen als „Druckmittel“ herhalten müsse. Orchester seien dazu da, schöne Konzerte zu spielen, und nicht dazu, den Rechtsextremismus zu bekämpfen, sagte er mit dem Verweis auf ein angebliches Zitat des Kultusministers.



Jürgen Suhr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, **Jürgen Suhr**, wies auf die Finanznot der Kommunen hin. Sie seien kaum in der Lage, die geforderten zusätzlichen sieben Millionen Euro für die Theater und Orchester aufzubringen. Wer dies plane, mache sich zum Totengräber der Theater und Orchester. „Ich habe nicht den Eindruck, dass das Vorgehen der Landesregierung vernünftig ist“, sagte er. Sie müsse vom Dogma der eingefrorenen Mittel Abstand nehmen. Er finde es wichtig, dass die Landesregierung ihre Verantwortung für die Theater und Orchester im Land nicht mehr verleugnet. Zu dieser Einsicht hätten vor allem die Proteste und die Volksinitiative beigetragen. Mit Kulturkooperationsräumen und Zwangsfusionen Druck auf die Theater und Orchester auszuüben, sei der falsche Weg gewesen.

Hintergrund

Die Vorschläge des Münchner Unternehmens Metrum Managementberatung GmbH reichen von der Konzentration der Förderung auf wenige „Leuchttürme“ bis zu gemeinsamen Musiktheater-Inszenierungen, die dann ausgetauscht werden. Ein anderer Vorschlag sieht nur noch eine Opernkompanie im Land vor, die alle Häuser in Mecklenburg-Vorpommern bespielen würde. Musiktheater und Orchester sind die teuersten Sparten eines Theaters. Dort werden die größten Einsparpotenziale für die Zukunft gesehen. Das Land will die Zuschüsse in Höhe von 35,8 Millionen Euro pro Jahr bis 2020 nicht erhöhen.

Fotos: Uwe Balewski

Umsatzsteuer

Landtag lehnt Besteuerung interkommunaler Leistungen einstimmig ab

Wenn eine Kommune beispielsweise die Lohnabrechnung für ihre Mitarbeiter vom Rechenzentrum einer anderen Kommune erledigen lässt, soll sie dafür künftig Umsatzsteuer bezahlen. Das sehen Urteile des Bundesfinanzhofs vom November und Dezember 2011 vor. Der Landtag sprach sich am 27. September einstimmig gegen eine solche Praxis aus. Mit seinen Urteilen will der Bundesfinanzhof eigenen Angaben nach verhindern, dass es zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Die Steuer soll zum Beispiel dann fällig werden, wenn die Leistung auch von einem privaten Anbieter erbracht werden kann.

Redner aller politischen Lager brachten in der Debatte die Befürchtung zum Ausdruck, dass Umsatzsteuern auf sogenannte öffentliche Beistandsleistungen letztlich die Bürger stärker belasten würden. Das Parlament forderte die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für Lösungen einzusetzen, die das vermeiden.

Die interkommunale Zusammenarbeit dürfe nicht durch steuerrechtliche Probleme erschwert werden, begründete der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, **Wolf-Dieter Ringguth**, den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen. Da es zwischen Bund, Ländern und Kommunen eine Vielzahl solcher Leistungen gebe, würde die Umsetzung der Urteile einen enormen Mehraufwand und zusätzliche Kosten nach sich ziehen. Der Bund müsse daher für eine rechtssichere Lösung sorgen, damit die Kommunen dauerhaft von der Umsatzsteuer befreit bleiben.

Diese Forderung unterstützte auch Innenminister **Lorenz Caffier**, der die Finanzministerin vertrat. Die Kooperation der Kommunen sei von elementarer Bedeutung. „Land und Kommunen müssen die Kosten senken, aber gleichzeitig die Leistungen für die Bürger erhalten“, begründete er. Dass der Bundesfinanzhof den Weg zu kostensparenden Kooperationen versperre, könne weder die Regierung noch das Parlament gutheißen. Zudem sei noch unklar, inwieweit auch die Zusammenarbeit von Bund und Ländern von der Umsatzsteuerpflicht betroffen ist. Im Land werde die Finanzverwaltung vorerst an der bisherigen Regelung festhalten, betonte der Minister. Es müsse aber rasch eine rechtssichere Lösung geschaffen werden.

Jeannine Rösler, kommunal- und finanzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, wies darauf hin, dass europarechtliche Vorgaben die Ursachen für das Problem seien. Der Bundesfinanzhof habe diese mit seinen Urteilen umgesetzt und dabei den freien Wettbewerb in den Vordergrund gestellt. Ihre Fraktion teile diese Auffassung nicht und befürworte deshalb den Antrag der Koalitionsfraktionen. Die Landesregierung müsse sich beim Bund dafür einsetzen, dass die Umsatzsteuer für gegenseitige Hilfsleistungen der Kommunen nicht erhoben werden muss.

Foto: Jens Büttner



Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen: so stellt der Bund über die Bundesagentur für Arbeit Personal für die Jobcenter.

Heinz Müller, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, verdeutlichte die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Urteile in die Praxis. So seien Umsatzsteuern schon fällig, selbst wenn nur Teilleistungen und diese auch nur rein theoretisch von privaten Anbietern erbracht werden könnten. Er nannte als ein Beispiel den Winterdienst, den die Straßenbauverwaltung des Landes für die Kommunen übernimmt und der auch von privaten Dienstleistern ausgeführt werden könnte. Die Mehrkosten, die bei einer Umsetzung der Umsatzsteuerpflicht auf die Kommunen zukommt, schätzt der Parlamentarier auf rund 20 Millionen Euro. Das könne man weder den Städten und Gemeinden noch den Bürgern zumuten.

NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** betonte, dass die Urteile auf europäische Richtlinien zurückzuführen sind. Dies sei die Konsequenz aus dem „Hurra-Geschrei“ der anderen Parteien für die EU. Der Bürger müsse bei einer Umsatzsteuerpflicht für Kommunen mit massiven Gebührenerhöhungen rechnen. Die Folgen seien bei einem sehr niedrigen Lohnniveau in M-V besonders zu spüren. Seine Fraktion lehne die Mehrwertsteuerpflicht auf interkommunale Hilfe ab.

Der Sprecher für Kommunales und Finanzen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Johannes Saalfeld**, sieht mit dem umstrittenen Urteil die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen generell gefährdet. Dies gelte für das gesamte Bundesgebiet, sagte er mit Verweis auf einen ähnlichen Antrag der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen. Die gegenseitige Besteuerung öffentlicher Ausgaben hält er für „grobem Unfug“. Er begrüße daher den Entschluss aller Finanzminister, die Richtlinie bis 2014 nicht umzusetzen. Zumal sich auch der kulturelle Bereich mit dem Problem der Umsatzsteuerpflicht auseinandersetzen müsse. Er forderte, hier grundsätzliche und nicht nur Notlösungen zu finden. Seine Fraktion unterstütze den Antrag.

Drucksache 6/1138

Hintergrund

Bund, Länder und Kommunen erbringen zahlreiche Leistungen für andere öffentliche Partner. Ein Beispiel sind kommunale Rechenzentren, die nicht jede Stadt oder Gemeinde hat. Die Bundesstraßenbauverwaltung wird von den Ländern für den Bund durchgeführt. IT-Leistungen werden für mehrere Länder durch die öffentlich-rechtliche Einrichtung Dataport erbracht, der Bund stellt über die Bundesagentur für Arbeit Personal für die Jobcenter.

Mindestrente

Antrag der Linken scheitert in namentlicher Abstimmung

Die Fraktion DIE LINKE hat die Einführung einer gesetzlichen Mindestrente von mindestens 1.050 Euro pro Monat gefordert. Die Landesregierung solle sich dafür im Bundesrat einsetzen, heißt es in dem Antrag, den Fraktionschef Helmut Holter am 27. September dem Parlament vorlegte. Der Mindestbetrag solle sowohl für die Alters- als auch für die Erwerbsminderungsrente gelten. Der Antrag wurde nach lebhafter Debatte in namentlicher Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

„Jeder fünfte Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern ist nach der Definition der Europäischen Union arm“, begründete Helmut Holter die Forderung der Linken. Wenig Lohn bedeute wenig Rente und damit Armut im Alter. Altersarmut sei in Mecklenburg-Vorpommern längst Realität. Seit dem Jahr 2000 habe sich die Zahl der Älteren im Land, die sich mit einem Mini-Job ihre Rente aufbessern müssen, um 60 Prozent erhöht. Als Grund für das steigende Armutsrisiko nannte er unter anderem die beschlossene Absenkung des Rentenniveaus bis 2030 von derzeit 51 Prozent auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns. Er forderte stattdessen eine Erhöhung auf 53 Prozent des Durchschnittseinkommens. Auch die Rente erst ab 67 Jahren müsse rückgängig gemacht werden. Die Mindestrente von 1.050 Euro sei finanzierbar, „wenn die Rentenversicherung konsequent solidarisch ausgerichtet wird, wenn alle Einkommensarten zur Finanzierung herangezogen werden“.

Sozialministerin Manuela Schwesig sieht in der Erwerbsarmut von Leuten in jüngeren und mittleren Jahren die Hauptursache für Altersarmut. Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Minijobs führten dazu, dass die Menschen im Alter nicht mit ihren Renten auskommen. Gerade Einwohner in Ostdeutschland seien betroffen. Dies sei besonders ungerecht. Viel zu viele würden schon jetzt Rente auf Grundsicherungsniveau – derzeit 680 Euro – beziehen. „Wir brauchen eine bessere Anrechnung der Zeiten der Arbeitslosigkeit auf die Rente und eine Reform der Erwerbsminderungsrente“, sagte sie. Sie sprach sich gegen ein starres Renteneintrittsalter aus. „Wer 45 Versicherungsjahre erwirbt, muss auch mit 63 oder 65 abschlagsfrei in Rente gehen können“, betonte sie.

Detlef Lindner (CDU) erteilte der Idee einer staatlichen Grundsicherung eine Abfuhr. Eine bundeseinheitliche Altersrente stellt seiner Meinung nach das Leistungsprinzip auf den Kopf. Wer über Jahre höhere Beiträge zahlt, müsse im Alter auch mit einer höheren Rente belohnt werden, sagte er.

„Die Babyboomer gehen in Rente, und der Pillenknick muss es bezahlen“, stellte Jörg Heydorn (SPD) die Situation vereinfacht dar. Dieses Ungleichgewicht müsse austariert werden. Dafür reiche es nicht, immer wieder höhere Mindestrenten

zu fordern. Die Ursachen müssten bekämpft werden. Er nannte als Beispiele den fehlenden gesetzlichen Mindestlohn, die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, gebrochene Erwerbsbiografien in Ostdeutschland und den starken Anstieg der Teilzeitarbeit. Dort müsse die Politik ansetzen. „Wir fordern einen Mindestlohn von 8,50 Euro und gleichen Lohn für gleiche Arbeit“, betonte er. Die SPD setze sich für einen flexiblen Eintritt ins Rentenalter ein.

Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte das Rentenmodell ihrer Partei vor: Die grüne Garantierente. Als erste Säule der Alterssicherung solle die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt werden. Alle, die mindestens 30 Jahre in das System einzahlen, sollen eine steuerfinanzierte Grundrente in Höhe von mindestens 850 Euro erhalten. Zudem setzen sich die Bündnisgrünen ihren Worten nach für mehr Rentengerechtigkeit für Frauen ein. Die Abgeordnete sprach sich für bessere Rahmenbedingungen aus. Dazu zählte sie unter anderem flächendeckende Mindestlöhne und bessere Jobchancen für Frauen und ältere Arbeitnehmer. Die Rentenversicherung solle schrittweise in eine Bürgerversicherung umgewandelt werden, in die alle einzahlen und durch die alle abgesichert sind. Dies müsse solide ausfinanziert werden. Dies lasse der Vorschlag der Linken vermissen, den ihre Fraktion deshalb ablehne.

Der NPD-Abgeordnete Stefan Köster warf der SPD vor, für eine Verarmung der Bevölkerung im Land zuständig zu sein. Als Beispiel nannte er unter anderem das von den „roten Genossen“ eingeführte höhere Renteneintrittsalter von 67 Jahren und die „Erfindung“ von Hartz IV. Er warf den anderen Parteien „Heuchelei“ vor. Dem Antrag der Linken stimme seine Fraktion nicht zu. Er sei unausgegoren und mache Versprechen, die nicht einzuhalten seien.

Karen Stramm (DIE LINKE) wies auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt hin, in denen sie eine Hauptursache für Altersarmut sieht. So gebe es inzwischen drei Millionen „Minijobber“. Die Zahl der Geringverdiener sei auf rund acht Millionen in Deutschland gestiegen. 1,4 Millionen davon arbeiten ihren Angaben nach für weniger als fünf Euro brutto pro Stunde. So sei Altersarmut vorprogrammiert. Private Vorsorge könnten die Betroffenen sich nicht leisten. Sie warb für die Idee einer steuerfinanzierten Grundrente. Die Mindestrente sei keine Einheitsrente. Wer mehr einzahlt, solle auch eine höhere Rente erhalten, stellte sie klar. Der Antrag ihrer Fraktion fand keine Mehrheit.

Drucksache 6/1130



Foto: Jens Büttner

Lehrer entlasten

Landtag wird Schulgesetz-Änderungen im Bildungsausschuss beraten

Mit dem Abbau von Bürokratie und der Einführung einheitlicher Bewertungsmaßstäbe will Bildungsminister Mathias Brodkorb die Lehrer im Land entlasten und für mehr Zufriedenheit in den Kollegien sorgen. So soll die Pflicht entfallen, für jeden Schüler einen Förderplan zu erstellen. Auch die Anzahl der Prüfungen wird verringert und damit dem Standard erfolgreicher Länder wie Bayern angepasst. Sein Gesetzentwurf, den er am 26. September dem Parlament vorstellte, wurde ohne Gegenstimmen zur Beratung an den Bildungsausschuss überwiesen. Das Schulgesetz soll seinen Plänen nach bereits im Dezember vom Landtag verabschiedet werden.

Mit der Gesetzesänderung solle auch die Möglichkeit der freien Schulwahl ab Klasse fünf dauerhaft festgeschrieben werden. „Diese Schulwahlfreiheit ist vom Gesetzgeber zeitlich befristet worden“, sagte **Minister Brodkorb**. „Um auch ab dem Schuljahr 2013/2014 die freie Schulwahl zu ermöglichen, ist eine Änderung des Schulgesetzes notwendig“, begründete er. Mit dem geplanten Gesetz können dem Minister zufolge insgesamt rein rechnerisch 66 Vollzeit-Stellen eingespart werden. Die Stellen sollen jedoch nicht abgebaut werden, damit Lehrer künftig mehr Zeit für das eigentliche Kerngeschäft – guten Unterricht – gewinnen. Er plädierte zudem für landesweit einheitliche Maßstäbe bei der Bewertung der Schüler. Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, **Simone Oldenburg**, begrüßte die Fortführung der freien Schulwahl. Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass Schulstandorte auf der Strecke bleiben. Die Berechnungen des Ministers zu finanziellen Einsparungen bezeichnete sie als „Luftbuchungen“. Sie erneuerte die Forderung der Linken nach mehr Geld für die Bildung im Land und nach weitergehenden Veränderungen im Gesetz.

Lieblingslehrer

Erstmals können Schüler und Eltern in Mecklenburg-Vorpommern Vorschläge für die Auszeichnung „Lehrer des Jahres 2013“ einreichen. „Der Lehrpreis soll dazu beitragen, dass der Lehrerberuf wieder mehr Wertschätzung erfährt und Lehrkräfte das Ansehen erhalten, das ihnen gebührt“, begründet Bildungsminister Mathias Brodkorb die Initiative seines Ministeriums. Die Vorschläge werden von regionalen Jurys bewertet. In jeder kreisfreien Stadt und jedem Landkreis wird eine Lehrkraft bzw. eine Erzieherin oder ein Erzieher an öffentlichen Schulen geehrt. Die „Lehrer des Jahres 2013“ erhalten neben einer Urkunde ein Preisgeld in Höhe von 2.500 Euro.

Abgeordnete des Landtages erinnern sich an ihre Lieblingslehrer



Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE

Einer meiner Lieblingslehrer war mein Mathelehrer. Er hat uns den Stoff auf eine Weise nahe gebracht, die mir Spaß machte und bei der gute Leistungen herauskamen. Außerdem war er ein ansehnlicher Mann und viele Mädchen – auch ich – waren ein bisschen in ihn verschossen.



Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Da muss ich wirklich nicht lange nachdenken, es war mein Sportlehrer. Wenn meine Mathe-, Deutsch- oder Physiklehrer mich mal wieder richtig gestresst hatten, dann konnte ich mich im Sportunterricht so richtig austoben. Und da mein Lieblingslehrer genauso glühender Ballsportfan war wie ich, bestand der Sportunterricht fast ausschließlich aus Fußball, Handball und Volleyball. Genial!



Katharina Feike, SPD

Mein Lieblingslehrer war Herr Schlewitt, der von der 6. bis 8. Klasse mein Musiklehrer war. Wir sangen für ihn die schönsten Seemannslieder, während er uns auf dem Klavier begleitete und dabei einen Motorradhelm auf den Kopf trug. Er lehrte uns das Christentum und den Kapitalismus in einer Musikstunde und sang für uns den Tannhäuser von Wagner, ohne einen Tonträger zu benötigen. Er gab uns nicht nur die Schönheit der Musik und Kunst mit auf den Lebensweg, sondern auch, dass das Leben wie ein quirziger Brummkreisler ist.

Nach Ansicht von **Andreas Butzki** (SPD) sorgt die vorgelegte Novelle für eine Entlastung der Lehrer und für die Entbürokratisierung ihrer Arbeit. Dies hätte noch kein Schulgesetz zuvor geschafft. „Ich bin davon überzeugt, dass diese Schulgesetzänderung nur ein erster, aber wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer besseren Schule in Mecklenburg-Vorpommern ist“, betonte er.

Ulrike Berger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte die knapp bemessene Zeit, die für die Beratung des Gesetzes bleibe. Ihre Fraktion stimme lediglich der Regelung zu freien Schulwahl uneingeschränkt zu. Die Berechnungen des Ministers zu den möglichen Einsparungen bezeichnete sie als unseriös. Der Verzicht auf Förderpläne zum Beispiel ergebe keine finanziellen Vorteile, da die Pläne bislang von den Lehrern meist in unbezahlter Mehrarbeit erstellt worden seien. Nach Ansicht des NPD-Abgeordneten **Michael Andrejewski** müssten es Pädagogen auch ohne Förderpläne schaffen, einen Eindruck von ihren Schülern zu gewinnen. Individuelle Förderpläne seien höchstens bei hochbegabten oder in irgendeiner Weise auffälligen Schülern nötig. Kopfnoten



Foto: Jens Büttner

lehne seine Fraktion ab. Der freien Schulwahl werde sie zustimmen. Diese habe sich in der Praxis bewährt.

Der CDU-Abgeordnete **Torsten Renz** würdigte, dass der Minister in der Gesetzesnovelle Anregungen seiner Fraktion berücksichtigt habe. Die Neuregelung zu den Förderplänen sowie das Ansinnen, die Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens verbindlicher zu gestalten, seien gute Schritte hin zu einem tragfähigen Schulgesetz. Die Förderpläne sollen nicht abgeschafft, aber vereinfacht werden, stellte er klar.

Drucksache 6/1118



Marc Reinhardt, CDU

Mein Lieblingslehrer war mein Sportlehrer Herr Gugat. Ich mochte besonders, dass er alles, was er von uns verlangt hat, auch vormachen konnte!



Helmut Holter, DIE LINKE

Meine Deutschlehrerin hat mir nicht nur gekonnt den Reichtum der deutschen Sprache und Literatur vermittelt. Sie hat mir darüber hinaus das Rüstzeug mitgegeben, zu einem selbstbewussten, mündigen Bürger heranzuwachsen.



Maika Friemann-Jennert, CDU

Mein Lieblingslehrer war mein Geschichtslehrer Herr Schröder. Er konnte den Unterricht so vermitteln, dass auch etwas ‚hängenblieb‘. Er war ein strenger Lehrer, aber ein sehr guter Pädagoge.



Nils Saemann, SPD

Ich war 15, als ich sie kennenlernte. Sie kamen frisch von der Uni, Angelika R. (Erdkunde) und Hannelore M. (Chemie). Angelika erklärte uns die Beschaffenheit unseres blauen Planeten, obwohl ich mich selbst viel mehr für das Material

ihres Minirockes interessierte. Hannelore zeigte uns an einprägsamen Beispielen die molekulare Beschaffenheit von gasförmigen, flüssigen und festen Stoffen. Bis heute sind wir befreundet, vielen Dank, Genossin Hannelore Monegel.



Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Meine Lieblingslehrerin war meine Deutschlehrerin in der Klasse 5 und 6. Sie erkannte meine Stärken und förderte mich. Zudem war sie keine Lehrerin, die mich gängelte und hundertprozentig die Staatsdoktrin durchzusetzen wollte. Sie versuchte, unsere Individualität herauszukitzeln. Ich danke ihr dafür, dass sie immer an mich glaubte.

Energiebericht gefordert

Antrag der Bündnisgrünen
findet keine Mehrheit im Parlament

Die Bündnisgrünen haben die Landesregierung aufgefordert, das Parlament mindestens einmal jährlich über die Fortschritte in der Energiewende zu informieren. Die regelmäßige Berichtspflicht sei bereits im „Aktionsplan Klimaschutz“ festgeschrieben, erinnerte **Johann-Georg Jaeger**, der den Antrag seiner Fraktion am 27. September im Landtag begründete. Auch die Linken nannten die Abrechnung des Aktionsplanes überfällig, schlugen in einem Änderungsantrag aber eine Zweijahresrhythmus für die Berichterstattung vor. Beider Anträge scheiterten an den Gegenstimmen der SPD/CDU-Koalition.

„Für uns stellt sich die Frage: Wie ernst nimmt die Landesregierung ihre eigenen Beschlüsse?“, sagte **Johann-Georg Jaeger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in der Debatte. Der Aktionsplan an sich sei sehr zu begrüßen. Er könne eine gute Grundlage für die Verbesserung des Klimaschutzes sein. Klimaschutz sei mehr als eine Energiewende, betonte Jaeger. Dazu zählten beispielsweise Landschaftsschutzprogramme, wie das Moorschutzprogramm, die nicht in Vergessenheit geraten dürften. Viele der 55 Punkte im Aktionsplan seien bereits erfüllt. Der Parlamentarier nannte unter anderem das kürzlich eröffnete Landesamt für erneuerbare Energien in Neustrelitz. Andere Projekte – wie die Biogasanlage bei Güstrow – müssten dagegen ob ihrer Größe hinterfragt werden. Er kritisierte auch die Fördermittelausstattung des Energieministeriums. Eine regelmäßige Überprüfung der Ergebnisse würde Versäumnisse oder Fehlentwicklungen aufzeigen und ein Gegensteuern ermöglichen. Deshalb seien solche Berichte notwendig.

Energieminister **Volker Schlotmann** wandte sich gegen eine Berichterstattung nur um des Berichtes willen. Dies sei genau die Bürokratisierung, die keiner wolle. Der Antrag fordere die Mitarbeit von vier Ressorts der Landesregierung und blockiere damit deren Arbeit. Dabei nütze die jährliche Berichterstattung niemandem. Eine Überprüfung der Maßnahmen des Energiekonzeptes sei selbstverständlich. Er verwies auf vier Regionalkonferenzen und die Landesenergie-Konferenz in Neustrelitz. Im Oktober werde der Landesenergierrat gegründet. Derzeit stehe die Ausarbeitung des Landesenergiekonzeptes im Mittelpunkt der Arbeit seines Ministeriums. Die Ergebnisse würden in jedem Fall öffentlich gemacht.

Der energiepolitische Sprecher der SPD, **Rudolf Borchert**, unterstrich die Bedeutung des Klima-Aktionsplanes. Vieles sei bereits umgesetzt, wie beispielsweise die Zuweisung von Gebieten für neue Windkraftträder. Das Moorschutzprogramm werde fortgeschrieben. Auch das Projekt „Wald-Aktie“ sei ein Erfolg. Es gebe aber auch etliche Maßnahmen,



Foto: Jens Büttner

Ein Vorhaben im Aktionsplan Klimaschutz: Die Landesregierung will mittelfristig Strom aus erneuerbaren Energiequellen beziehen.

die noch nicht realisiert sind, sagte er. So fehlten jährliche Berichte über den Energieverbrauch in der öffentlichen Verwaltung. Auch bei der Entwicklung des Solarbereichs gebe es Nachholbedarf. „Wir brauchen in geeigneter Art und Weise eine Überprüfung der Ziele und Maßnahmen des Aktionsplanes“, forderte er. Aber eine alljährliche Berichterstattung halte er nicht für sinnvoll. Zumal in Kürze das Gesamtenergiekonzept des Landes erstellt werde – mit dem Klimaschutz als integralem Bestandteil. Seine Fraktion lehne sowohl den Antrag als auch den Änderungsantrag ab.

Dr. Mignon Schwenke, energiepolitische Sprecherin der Linken, bezeichnete den Antrag als „völlig berechtigt“. Es gebe viele Ankündigungen und Versprechungen der Landesregierung, aber Ergebnisse seien selten. Eine Abrechnung des Aktionsplanes Klimaschutz ist nach Ansicht ihrer Fraktion überfällig. Die Ziele müssten aktualisiert und die Fortschritte in der Energiewende regelmäßig überprüft werden. Dies aber jährlich zu tun, sei nicht notwendig. „Deshalb haben wir Ihnen einen Änderungsantrag vorgelegt, der die Berichtspflicht der Landesregierung auf zwei Mal in einer Legislaturperiode beschränken soll“, begründete sie.

Der CDU-Abgeordnete **Jürgen Seidel** sieht unter anderem im Bereich der Geothermie Reserven. „Da sind wir noch nicht so richtig vorangekommen“, schätzte er ein. Versäumnisse sieht er auch bei der Einsparung von Energie in Einrichtungen der öffentlichen Hand. Eine regelmäßige Evaluierung hält er für notwendig. Aber die Überprüfung in der Form, wie sie in dem Antrag gefordert wird, bezeichnete er als falsch.

Der NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** hält den Antrag der Grünen für notwendig. Dass bis 2014 die Energiekonzeption des Landes vorliegen soll, sagt seiner Ansicht nach nichts über das bisher Geleistete aus. Das Parlament habe einen Anspruch darauf, zusammengefasst und sachkundig von der Landesregierung unterrichtet zu werden. Deshalb werde seine Fraktion sowohl dem Antrag der Grünen als auch dem Änderungsantrag der Linken zustimmen.

Bei der Abstimmung scheiterte sowohl der Änderungsantrag der Linken als auch der Antrag der Grünen an den Gegenstimmen der Koalitionsfraktionen SPD und CDU.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/1141
Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/1190*

Weitere Beschlüsse des Landtages

Ambulante Pflege

Das Land will die Pflege alter und kranker Menschen zu Hause statt im Heim künftig stärker fördern. Das sieht der Entwurf des Landespflegegesetzes vor, den die Landesregierung am 26. September in den Landtag eingebracht hat. Das Geld dafür soll aus dem Topf des Pflegewohngeldes kommen. Dieser Zuschuss für bedürftige Pflegeheimbewohner soll nur noch den rund 5.000 jetzigen Beziehern weiter gezahlt werden. Im Durchschnitt sind es rund 100 Euro im Monat. Neue Anträge sollen ab 2013 nicht mehr gestellt werden können. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, Linker und Grünen zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Gleichzeitig wurde in der Debatte ein weiterer Koalitionsantrag zur Qualitätssicherung in der Pflege beraten.

Drucksachen 6/1117 und 6/1135

Foto: Jens Büttner



Steuererleichterung für Musikschulen

Private Musik-, Ballett- und Tanzschulen sollen nach dem Willen der Linken auch weiterhin von der Umsatzsteuer befreit bleiben. Nur so könne in Mecklenburg-Vorpommern ein flächendeckendes Angebot für eine sinnvolle Freizeitgestaltung erhalten bleiben, hieß es am 28. September zur Begründung des Antrages im Landtag. Die Landesregierung solle sich auf Bundesebene für die Beibehaltung der Umsatzsteuerbefreiung einsetzen, forderte die Linksfraktion. Hintergrund seien Pläne des Bundes, künftig von privaten Ballett-, Tanz- oder Musikschulen den vollen Mehrwertsteuersatz in Höhe von 19 Prozent zu verlangen. Der Antrag fand keine Mehrheit.

Drucksache 6/1133

Lehrbeauftragte besser bezahlen

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat eine deutliche Verbesserung der Situation der rund 800 Lehrbeauftragten an den Universitäten und Hochschulen des Landes gefordert. Lehrbeauftragte sind selbstständige Akademiker, die im Wesentlichen die gleichen Aufgaben wahrnehmen wie wissenschaftliche Mitarbeiter, aber auf Honorarbasis arbeiten. Lehrbeauftragte würden gebraucht, seien aber nicht sozialversichert, schlecht bezahlt und hätten keine Mitbestimmungsrechte, hieß es bei der Begründung des Antrages am 27. September im Landtag. Die Bezahlung liege faktisch meist noch unter der geplanten Mindestlohngrenze für öffentliche Aufträge von 8,50 Euro pro Einzelstunde. Die Landesregierung solle unter anderem dafür sorgen, dass eine Vergütung von mindestens 25,50 Euro je Einzelstunde gezahlt wird. Die Mitwirkung an Prüfungen solle gesondert vergütet werden. Der Antrag wurde abgelehnt.

Drucksache 6/1140

NPD-Gesetzentwurf abgelehnt

Die NPD-Fraktion ist am 26. September im Landtag mit einem Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung gescheitert. Die rechtsextreme Partei wollte mit dem Vorstoß ein Verbot von Minaretten erreichen – den Türmen einer Moschee, von denen aus Muslime zum Gebet gerufen werden. Minarette seien als das „sichtbarste Kennzeichen eines Expansionsdranges nach Mittel- und Westeuropa“ zu werten, hieß es zur Begründung. Die NPD sah eigenen Angaben nach Handlungsbedarf, „da in der Hansestadt Rostock zumindest mittelfristig der Bau einer Moschee mit Minarett geplant ist“. Die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnten den Gesetzentwurf ab.

Drucksache 6/733

Novellierung Abgeordnetengesetz

Die Unterkommission des Ältestenrates des Landtages zur Prüfung einzelner Fragen des Abgeordnetengesetzes führt am 12. Dezember eine Öffentliche Anhörung durch. Dabei sollen zwölf von den Fraktionen benannte Experten zu den Themen „Regelungen zum Übergangsgeld und zur Altersentschädigung“ sowie „Regelung der zusätzlichen Entschädigung für die Ausübung besonderer parlamentarischer Funktionen“ angehört werden. Der Landtag hatte diese Kommission zu Beginn der neuen Wahlperiode eingesetzt. Ihr gehören die Landtagspräsidentin und ihre drei Stellvertreterinnen sowie die Parlamentarischen Geschäftsführer aller Landtagsfraktionen an. Den Vorsitz führt Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

Untersuchungsausschuss zu P+S-Werftenpleite eingesetzt

Kontroverse Debatte zu Für und Wider

Vier Wochen nach der Pleite der P+S Werften in Stralsund und Wolgast hat der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 28. September einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beschlossen. Das zehnköpfige Gremium soll in den kommenden Monaten klären, ob die Landesregierung bei ihrem gescheiterten Rettungsversuch für die Werften Fehler gemacht und Pflichten verletzt hat. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Verbrieftes Recht der Opposition“

Foto: Uwe Balewski



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!
Die Situation der P+S Werften in Stralsund und Wolgast bewegt uns alle. Etwa 5.000 Arbeitsplätze sind bei der Volkswerft Stralsund, der Peene-Werft in Wolgast, bei den zahlreichen Zulieferern und den Dienstleistern bedroht. Um die große Bedeutung der Werftstandorte als einer der wenigen industriellen Kerne des Landes muss ich keine Worte verlieren. Auch deshalb hat das Land die Werften in der Vergangenheit wiederholt in Größenordnungen finanziell unterstützt. Es bestand und besteht Konsens zwischen den demokratischen Fraktionen, alles wirtschaftlich Vertretbare zu unternehmen, um den Werften und insbesondere den Beschäftigten und ihren Familien zu helfen.“

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, sagt, sie habe alles getan, was rechtlich möglich und wirtschaftlich sinnvoll war. Sie sagt weiter, das millionenschwere Engagement des Landes sei von vielen Experten innerhalb und außerhalb der Landesregierung gut überwacht worden. Und doch beantragen die Fraktionen der LINKEN und der Bündnisgrünen heute, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften einzusetzen [...] Ein Untersuchungsausschuss wird gemein-

„ Der Untersuchungsausschuss dient der Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrolle. „

hin als das schärfste politische Schwert der Opposition bezeichnet, denn damit kann auch eine parlamentarische Minderheit das in der Verfassung verbiefte Untersuchungsrecht des Landtages nutzen. Ein Untersuchungsausschuss ist fester Bestandteil der parlamentarischen Demokratie und der Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition. Die Opposition hat also die Möglichkeit, unabhängig und selbstständig die Sachverhalte zu prüfen, die sie für aufklärungsbedürftig hält. Im Kern geht es darum, mögliche Pflichtverletzungen, Verfahrensfehler, Fehlentscheidungen, Organisationsmängel oder sonstige Missstände und Unzulänglichkeiten im Verantwortungsbereich der Regierung aufzuklären. Der Untersuchungsausschuss dient damit der Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrolle.

Meine Damen und Herren, ich beschreibe den Sinn und Zweck des Untersuchungsausschusses deshalb so ausführlich, weil SPD und CDU seit Wochen nichts unversucht lassen, dieses verfassungsrechtlich verbiefte Recht der Opposition in der Öffentlichkeit madig zu machen. Wie die berühmten drei Affen wollen weder die Landesregierung noch die Fraktionen von SPD und CDU einen Fehler im Krisenmanagement der Landesregierung erkennen: Sie wollen nicht hinsehen, sie wollen nicht hinhören und schon gar nicht wollen sie darüber reden.

Die Fraktionen der LINKEN und der Bündnisgrünen wollen [...] nicht mehr und nicht weniger als notwendige Aufklärung. Und ich will einige grundsätzliche offene Fragen benennen:

- Wie konnte es dazu kommen, dass die Rettungsbemühungen der Landesregierung so grandios scheiterten?
- Auf welchen Grundlagen hat die Landesregierung ihre Entscheidungen getroffen und wie wirkten ihre Kontroll- und Aufsichtsmaßnahmen?

- Warum hat die Landesregierung auf dem Höhepunkt der Krise ihren Vertreter im Werftenbeirat abberufen und den Stuhl seitdem nicht mehr besetzt?
- Warum änderte sich die Einschätzung der Lage im August binnen weniger Tage derart dramatisch?

[...] Meine Damen und Herren, gerade die SPD hat sich in der Vergangenheit doch immer für Untersuchungsausschüsse eingesetzt, wenn es um die Werften ging, wenn der Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen und von zig Millionen Euro Steuergeldern drohte. Aufklärung war eine Herzensangelegenheit auch der SPD gewesen – egal, ob in der Regierung oder in der Opposition. Heute will sie davon nichts mehr wissen. [...]

Werte Kolleginnen und Kollegen, zu dieser Scheuklappenpolitik von SPD und CDU passt, dass Sie der demokratischen Opposition vorwerfen, ‚nur auf dem Rücken der Beschäftigten und der Familien ihr parteipolitisches Süppchen kochen (zu) wollen‘. Dieser Vorwurf ist so billig, dass ich nur kurz darauf eingehen will [...]

Richtig ist, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses womöglich Kreuzschmerzen bei der Landesregierung auslöst. Herr SELLERING und Herr GLAWE, verwechseln Sie bitte Ihren Rücken nicht mit denen der Beschäftigten [...]. Während sich SPD und CDU über das frühzeitige Festlegen auf einen Untersuchungsausschuss beschweren und darin Unglaubwürdigkeit zu erkennen glauben, wissen die Koalitionäre sogar schon, was der Untersuchungsausschuss am Ende bringen wird. So tönte und orakelte der SPD-Angeordnete JOCHEN SCHULTE auf der letzten Landtagssitzung, dass sich zeigen werde, dass – Zitat – ‚die Aufgaben und die Erledigung dieser Aufgaben durch die Landesregierung durchaus erfolgreich gewesen sind und ordnungsgemäß erfolgt sind‘, Zitatende. [...] Ich kann nur hoffen, dass Herr Schulte, Kollege Schulte Ausschussvorsitzender wird. Dann würde die Arbeit nicht nur durch einen ambitionierten Juristen, sondern auch durch einen kundigen Astrologen und Propheten bereichert werden. Und die Beschlussempfehlung der Koalition liegt ja möglicherweise schon in der Schublade. [...]

Meine Damen und Herren, mit dem Untersuchungsauftrag wollen wir auch für die Zukunft Schlussfolgerungen ziehen. Wir wissen, dass wir damit in Mecklenburg-Vorpommern Neuland betreten. Bisher wurde in die Vergangenheit geblickt. [...]

Wir laden Sie ein, an der Aufklärung aller relevanten und drängenden Fragen im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften konstruktiv mitzuarbeiten. Wenn die Landesregierung wirklich so gut gearbeitet hat, dürften die Minister und allen voran der Ministerpräsident es gar nicht abwarten können, uns alle Akten unverzüglich zur Verfügung zu stellen und mit Freude und hohem Engagement Rede und Antwort im Untersuchungsausschuss zu stehen. In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam an die Arbeit gehen! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.“

Jochen Schulte, SPD:

„Das Ganze ist ein Schuss in den Ofen“



Foto: Uwe Balewski

„Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei der Leistung, die der Kollege Holter hier, aber auch in der Pressekonferenz zur Ankündigung des PUA dargelegt hat, muss man kein Orakel oder kein Astrologe sein, um zu wissen, dass das Ganze ein Schuss in den Ofen ist. Und ich will, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das auch begründen.“

„ Sie versuchen mangels Alternativen, Politik auf dem Rücken der Beschäftigten zu machen. “

Vielleicht am Anfang mal eine Aussage an dieser Stelle, die es eigentlich wert ist, in den Vordergrund gerückt zu werden: Wenn Sie die Pressemitteilung von gestern gesehen haben, sowohl von der IG-Metall als auch vom Insolvenzverwalter, dann sagte der Insolvenzverwalter, wir sind auf einem guten Wege, wir haben eine Vielzahl von verschiedenen Interessenten für beide Standorte, vorrangig für Wolgast, aber auch für Stralsund. Und der Insolvenzverwalter, wenn ich das jetzt richtig in Erinnerung habe, hat sogar die Hoffnung, dass er zumindest den Standort Wolgast bis zum Ende des Jahres an einen Investor bringen kann, damit dort weitergearbeitet wird. [...]

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie die Pressemitteilung der IG-Metall in dem Zusammenhang gelesen haben, dann sagt die IG-Metall eines ganz deutlich, sie unterstützt die Arbeit der Landesregierung und sie hält die Arbeit der Landesregierung für zielorientiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tja. – Vincent Kokert, CDU: So, so.)

Und vor dem Hintergrund, Herr Kollege Holter, stellt sich natürlich schon die Frage: Was wollen Sie mit diesem Untersuchungsausschuss erreichen? Und wie gesagt, ich bin ja nun extra in die Pressekonferenz von Ihnen und den Kollegen von den GRÜNEN gegangen, um mir dann auch Informationen aufnehmen zu können. Das war schon relativ dürftig.

Und ich habe heute hier gesessen, Ihre Rede aufmerksam verfolgt und dann gehofft: Was ist denn jetzt der Grund für den Untersuchungsausschuss?

Und der Grund für den Untersuchungsausschuss, wenn ich Ihre Rede jetzt richtig verstanden habe, ist, um das mal zusammenzufassen, die Opposition darf einen Untersuchungsausschuss machen und deswegen macht sie den jetzt.

*(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth)*

Sehr geehrter Herr Kollege Holter, natürlich dürfen Sie einen Untersuchungsausschuss machen. Das ist gesetzlich so geregelt. Sie haben das erforderliche Quorum dafür zusammen mit den Kollegen der GRÜNEN, und es steht den Mehrheitsfraktionen in diesem Landtag nicht zu, zu sagen, das dürfen Sie nicht. Darüber müssen wir überhaupt nicht diskutieren.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist natürlich schon unser Recht zu fragen: Ist so ein Untersuchungsausschuss sinnvoll?

Und Sie, Herr Kollege Holter, haben hier die Vergangenheit angesprochen. Dann tue ich das auch mal und würde Ihnen doch einfach mal die Rede der Kollegin Borchardt empfehlen zum Untersuchungsausschuss im Fall Carolin. Zu der Zeit waren Sie noch in der Regierung.

Und dann suchen Sie sich die Rede der Kollegin Borchardt raus, die hat gesagt, der ist überflüssig, die Opposition kann die ganzen Antworten auch so bekommen. Es gibt überhaupt keinen Anlass dafür und das ist nur Geldverschwendung. Und genau diese Sprüche werde ich Ihnen heute so nicht entgegenhalten, [...] machen Sie es, und wir werden schauen, wie schnell wir damit rumkommen, wie schnell wir zu einem konstruktiven Ergebnis kommen. Ich sage Ihnen das heute hier zu. Ich werde ja nun aller Voraussicht nach, wenn mir nicht noch zwischendurch was passiert bis zur konstituierenden Sitzung, der Vorsitzende des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses werden. Ich habe ja das Vergnügen, das habe ich meiner Fraktion zu verdanken.

Und ich sage Ihnen das an dieser Stelle zu, wenn Sie konstruktiv dort eine Aufklärung des Sachverhaltes haben wollen, dann werde ich das als Ausschussvorsitzender auch entsprechend konstruktiv begleiten. Aber eines erwarte ich dann von Ihnen: Dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie sich nicht hinstellen und sagen, wir sind noch nicht arbeitsfähig, wir müssen erst noch Akten anfordern. Weil Sie können bei dem Untersuchungsgegenstand, den Sie selber benannt haben, bereits in den ersten Sitzungen sagen, wir wollen diesen oder jenen dazu hören, und dann machen wir das auch. Und dann können wir in der Zeit, die Sie benötigen, tatsächlich auch die Akten, die Sie zusätzlich anfordern wollen, anfordern. [...]

Nur das Problem, das ich sehe, ist ein ganz anderes, und dann kommen wir tatsächlich mal auf die Situation, dass wir nicht einen Antragsteller hier haben, sondern wir haben ja zwei Antragsteller. Wir haben auf der einen Seite die Fraktion der GRÜNEN und wir haben auf der anderen Seite die Fraktion der LINKEN. Und die sind sich ja offensichtlich nur in einem einzigen Punkt einig, in einem einzigen Punkt: Wir wollen einen Untersuchungsausschuss.

Während die Fraktion der GRÜNEN in der Vergangenheit gesagt hat, man hätte ja vielleicht früher mal schauen müssen, ob das Controlling, ob das Monitoring so effektiv war und eventuell das Geld hätte überhaupt noch bezahlt werden können, hat die Fraktion der LINKEN sich hingestellt und gesagt, man hätte doch viel länger Geld zahlen müssen.

*(Vincent Kokert, CDU: Schüttet
die Füllhörner aus, genau so.)*

Ich kann, Herr Kollege Holter, ich könnte jetzt auch von Ihnen entsprechende Pressemitteilungen rausziehen, noch von dem Zeitpunkt unmittelbar nach der Antragstellung für die Insolvenz, aber ich kann auch Ihre Kollegin Frau Löttsch zitieren, die forderte dann ja gleich entsprechende Staatshilfen: Wenn das für die Banken geht, muss das auch für Werften gehen. Da sieht man ja immer den Widerspruch, der offensichtlich bei den Antragstellern ist. Es geht ja gar nicht um inhaltliche Fragen, es geht nur darum: Es soll ein Untersuchungsausschuss konstituiert werden. Und vor dem



Hintergrund muss man sich natürlich fragen, warum soll der konstituiert werden und welches Interesse besteht daran. Und der sagt ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber den Antrag haben Sie gelesen, Herr Schulte, ja?)

Und der sagt dann ...

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme jetzt zu Ihrem Antrag, ich komme ja jetzt zu Ihrem Antrag.

(Vincent Kokert, CDU: Der war ja so schlecht. – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme ja jetzt zu Ihrem Antrag.

Und dann finde ich es schon bemerkenswert, Herr Kollege Suhr, dass Sie über Ihren eigenen Antrag, Ihren gemeinsam mit der Fraktion der LINKEN gefassten Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sagen, zu Ziffer IV, dass die zukünftigen Schlussfolgerungen – wobei Sie ja schon unterstellen, dass es da Fehler gibt, ich dachte, das wäre eigentlich die Aufgabe des Untersuchungsausschusses, das festzustellen, aber lassen wir das mal außen vor –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

da sagen Sie dann dazu, das ist der konstruktive Teil des Antrages. Herr Kollege Suhr, wenn ich Sie jetzt richtig verstehe, wenn das der konstruktive Teil ist, was ist dann der Rest?

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, darum wird es doch deutlich, wir haben es hier mit einer Situation zu tun – und ich freue mich schon auf die Ausführungen auch des Kollegen Suhr, der ja sicherlich gleich nach mir sprechen wird, ich werde dann vielleicht das eine oder andere noch dazu sagen können –, wo es ganz deutlich wird, wir haben eine Linkspartei, die ein Jahr nach der Landtagswahl im Grunde immer noch nicht ihre Oppositionsrolle gefunden hat; die nicht weiß, welche politischen Alternativen sie anbieten soll,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

und die in ihrer politischen Agonie nichts anderes mehr weiß, als einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Und ich wette mit Ihnen, Herr Kollege Holter, dass Ihr Interesse gerade nicht darauf gerichtet ist, eine zügige Aufarbeitung des Sachverhaltes durchzuführen, sondern Ihr Interesse wird darauf gerichtet sein, diesen Untersuchungsausschuss so

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse des Landtages M-V seit 1990

1. Wahlperiode (1990 – 1994)

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss „Vertragsabschlüsse Schiffbau und Schifffahrt“

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu den Ereignissen um die ZAST (Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber)

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit dem Kauf und dem Betrieb der Deponie Ihlenberg/Schönberg

2. Wahlperiode (1994 – 1998)

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur weiteren Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit dem Kauf und dem Betrieb der Deponie am Ihlenberg (Fortsetzung des entsprechenden Ausschusses der ersten Wahlperiode)

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Klärung von Tatbeständen im Bereich des Innenministeriums

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der Verschwendung bzw. Veruntreuung von öffentlichen finanziellen Mitteln bei und infolge der Privatisierung von ehemals volkseigenen Betrieben

3. Wahlperiode (1998 – 2002)

Parlamentarischer Untersuchungsausschusses zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der Verschwendung bzw. Veruntreuung von öffentlichen finanziellen Mitteln bei und infolge der Privatisierung von ehemals volkseigenen Betrieben (Fortsetzung des entsprechenden Ausschusses der zweiten Wahlperiode)

4. Wahlperiode (2002 – 2006)

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Klärung von Sachverhalten im Bereich des Justizministeriums

5. Wahlperiode (2006 – 2011)

keiner

6. Wahlperiode (2011 – 2016)

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften GmbH

lange, wie es irgendwie geht, am Leben zu halten,

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Bis zum Ende der Legislatur.)*

damit man das immer wieder mal rausholen kann und mal wieder jemanden zur Anhörung holen kann, um dann zu sagen: Wir haben da noch ein Problem.

Dass Sie bis dahin immer noch keine Lösungen gefunden haben werden, das wissen wir heute auch und dafür braucht man auch kein Orakel zu sein. [...]

Und, Herr Kollege Holter, das sage ich auch ganz deutlich: Sie versuchen hier mangels Alternativen, Politik auf dem Rücken der Beschäftigten der P+S Werften zu machen.

Und ich sage das nicht einfach, weil es aus der Luft gegriffen ist. Sie sind es gewesen – manchmal sind Pressekonferenzen dann ja doch interessant –, Sie sind es gewesen, der auf Ihrer Pressekonferenz gesagt hat: Wir wollen den Betriebsratsvorsitzenden der Stralsunder Werft hören, und wir wollen wissen, was der schon gewusst hat. Jetzt will ich das mal außen vor lassen, ob man den überhaupt in dem Fall dazu befragen kann in seiner Funktion als Betriebsratsvorsitzender oder als Mitglied des Aufsichtsrates. Aber hier einen Betriebsratsvorsitzenden vor den Untersuchungsausschuss zu ziehen, und ich sage das jetzt mal in aller Deutlichkeit, weil Ihnen vielleicht die politische Nähe dieses Betriebsratsvorsitzenden zu einer anderen politischen Partei – und ich meine jetzt nicht die SPD, sondern die CDU – nicht passt, ...

*(Helmut Holter, DIE LINKE: Das
wusste ich bis eben noch gar nicht.)*

Ja, gut, Herr Kollege Holter, das spricht aber auch nicht für Sie.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

... das ist schon ziemlich fragwürdig. Ich will es mal vorsichtig formulieren.

Und, Herr Kollege Holter, eins kann ich Ihnen heute schon versprechen: Machen Sie das, hören Sie dann den entsprechenden Zeugen, den Anzuhörenden, holen Sie Herrn Kräplin vor den Untersuchungsausschuss, und ich sage Ihnen das heute hier schon, wir werden als SPD-Fraktion die Mitarbeiter, die Beschäftigten der Stralsunder Werft auffordern, hier in den Landtag zu kommen, um sich genau anzuhören, wie Sie versuchen wollen, den dort frei gewählten Betriebsratsvorsitzenden einer Werft vorzuführen, um das mal ganz deutlich zu machen. [...]

Die Politik dieser Landesregierung, die Politik dieser Koalition in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass die Werften in diesem Land eben nicht sterben. Weder die Wadan-Werften oder heutige Nordic Yards Werften in Wismar und Warnemünde – und auch wenn ich vielleicht von Ihnen wieder als Orakel oder als Astrologe bezeichnet werde – und auch die Werften in Wolgast und Stralsund werden nicht sterben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Da bin ich fest von überzeugt,

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Da bin ich auch von überzeugt.)*

und da können Sie reden, Herr Kollege Holter, was Sie wollen, das wird auch nichts daran ändern.

Und auch der Untersuchungsausschuss wird – und auch davon bin ich überzeugt – nur zu dem Ergebnis kommen, dass das, was machbar war, von dieser Landesregierung gemacht worden ist. Und ich sage es Ihnen in aller Deutlichkeit: Wir würden es wieder machen. Wir würden wieder das Geld zur Verfügung stellen, damit dort entsprechend die Arbeitsplätze gesichert werden können.

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Genau. Das sind wir auch den Beschäftigten schuldig. –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Und warum haben Sie den Hahn zugedreht? –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Weil die Rechtsgrundlagen so sind.)*

Herr Kollege Holter, also ich hätte jetzt beinahe nichts mehr gesagt. Ich wollte ja jetzt wirklich aufhören, aber das kann ich mir dann doch nicht verkneifen: Sie sind Minister dieses Landes gewesen, Sie sind beamtenrechtlich dazu verpflichtet gewesen, Recht und Gesetz in diesem Land einzuhalten. Und wenn Sie als Minister Fördermittel oder andere Mittel freigegeben haben, dann hatten Sie vorher zu prüfen, ob das rechtlich zulässig war. Und ich hoffe nur, Herr Holter, dass Sie das in Ihrer Arbeitszeit getan haben. Ich gehe davon aus, dass die Minister dieser Landesregierung es tun. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.“

Untersuchungsausschüsse

Der Landtag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, zur Aufklärung von Tatbeständen im öffentlichen Interesse einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. (vgl. Artikel 34 Landesverfassung M-V)

Ein Untersuchungsausschuss hat weitreichende Befugnisse und gilt als schärfste Waffe der Opposition zur Kontrolle der Regierung. Der Ausschuss erhebt meist in öffentlicher Verhandlung Beweise. Er kann Zeugen und Sachverständige laden sowie Gerichte und Verwaltungsbehörden ermitteln lassen. Seine Arbeit ähnelt der von Gerichten, es gibt aber keine Angeklagten.

Im Untersuchungsausschuss sind die Fraktionen mit mindestens je einem Mitglied vertreten. Im Übrigen werden die Sitze nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen verteilt, um zu sichern, dass die Mehrheitsverhältnisse im Untersuchungsausschuss denen im Landtag entsprechen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Schlüsse für zukünftiges Handeln ziehen“

Foto: Uwe Balewski



„Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren. [...]

Wer in den letzten Wochen noch die Meinung vertreten hat, dass der Untersuchungsausschuss nicht sinnvoll sei, der muss in der Tat gestern ins Nachdenken gekommen sein. Denn gestern wurde bekanntlich öffentlich im NDR, aber auch in anderen Medien über die Aussagen des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium Hans-Joachim Otto berichtet. [...]

Es muss in der Tat ein beeindruckender Auftritt des Staatssekretärs gewesen sein, der nach Medienangaben mit den lapidaren Worten: ‚Ein erheblicher Teil ist futsch‘, [...] die Tatsache kommentiert haben muss, dass die knapp halbe Milliarde Euro [...] mit einer großen Wahrscheinlichkeit verloren ist [...].

Schon wenige Wochen nach dem Insolvenzantrag manifestierte sich der Eindruck, dass die Werften in Stralsund und Wolgast bereits seit längerer Zeit nicht mehr dazu in der Lage waren, die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme aus eigener Kraft zu bewältigen. Es deutet sich aber auch an, dass die Gründe für das Scheitern der Werften lange vor Gewährung der Rettungsbeihilfe zu suchen sind. Und [...] dass von vornherein feststand, dass die Rettungsbeihilfe das Überleben der Werften bis zur Insolvenz zwar verlängern, aber deren Scheitern nicht verhindern konnte. [...]

In diesem Zusammenhang ist die Aussage des Wirtschaftsstaatssekretärs der Bundesregierung im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages durchaus von Bedeutung, denn Herr Otto hat dort offensichtlich festgestellt [...], dass die Beratungsgesellschaft PwC nicht ausreichend über die wahre wirtschaftliche Situation der Werften informiert habe. Und er hat sich sogar zu der Einschätzung durchgerungen, dass es das staatliche Rettungspaket von 152 Millionen Euro gar nicht mehr gegeben (hätte), wenn Bundes- wie auch Landesregierung [...] über die wahre wirtschaftliche Situation der Werften [...] informiert gewesen wären.

Dies ist ein massiver Vorwurf gegenüber der Beratungsgesellschaft und gegenüber der damaligen Geschäftsführung der Werften. Alleine an dieser Aussage wird deutlich, wie berechtigt das Ansinnen der Oppositionsfraktionen ist, diese Vorgänge einer Untersuchung zu unterziehen. [...] auch die Erkenntnisse aus den letzten Wochen lassen vermuten, dass die Daten, auf deren Grundlage die Entscheidungen von Landes- und Bundesregierung zur Rettungsbeihilfe erfolgten, offensichtlich nicht das ganze Ausmaß der Probleme der Werften beschrieben haben. [...]

Es ist aus unserer Sicht durchaus berechtigt zu hinterfragen, ob und inwieweit die Geschäftsführung Landes- wie auch Bundesregierung (...) über die tatsächliche Lage der Werften informiert hat. [...] Es deutet sich zumindest an, dass dies nicht erfolgt ist, denn allerspätestens im August 2012 [...] lagen durch die alte Geschäftsführung einerseits und durch die neue Geschäftsführung andererseits sehr unterschiedliche Einschätzungen zu elementaren Prozessen und zur Liquidität der P+S Werften vor [...].

„ Wir haben nicht vor, den Ausschuss als wahltaktisches Manöver oder Kampfinstrument zu nutzen. “

Es war [...] uns ein großes Anliegen, die Aufgaben des Untersuchungsausschusses nicht nur rückwärtsgewandt und auf die Vergangenheit orientiert, sondern in konstruktiver Form auch nach vorne auszurichten und Schlüsse für zukünftiges Handeln zu ziehen. . Und ich kann Ihnen, Herr Schulte [...] nur versichern, wir werden da sehr konstruktiv, aber auch sehr detailliert nachfragen [...]. Wir haben nicht vor, so, wie Sie das behaupten [...], diesen Ausschuss als wahltaktisches Manöver oder Kampfinstrument – oder wie auch immer Sie das bezeichnet haben – nutzen zu wollen. [...]Aber wir erwarten Aufklärung, wir erwarten, dass unsere Fragen umfassend beantwortet werden. [...]

Wir wollen, dass auch öffentlich transparent wird, auf welcher Grundlage weitreichende Entscheidungen der Landesregierung getroffen werden. Dieser Ausschuss ist öffentlich und wir wollen damit verantwortlich umgehen. [...]

Wir wollen die Rolle der Beratungsgesellschaften und der Aufsichtsgremien kritisch beleuchten und [...] aus all diesen Erkenntnissen Schlüsse für die Zukunft ziehen. [...]

Ich appelliere an Ihre konstruktive Mitarbeit. Ich sage von unserer Seite: Zu einer schnellen und umfassenden Arbeit werden wir unseren Beitrag leisten. Das ist ausdrücklich in unserem Interesse. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Dietmar Eifler, CDU

„Untersuchungsausschuss ist Geldverschwendung“

Foto: Landtag M-V



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sicher – und das ist vollkommen normal – gibt es unterschiedliche Sichtweisen zum Einsetzen eines Untersuchungsausschusses. Aber lassen Sie mich bitte vorwegnehmen und ausdrücklich klarstellen, dass wir die Insolvenz der P+S Werften sehr bedauern und für die Unsicherheit und das Schicksal der davon betroffenen Menschen in Stralsund und Wolgast großes Verständnis haben und das mit Interesse verfolgen. Deshalb werden wir alle rechtlich zulässigen Maßnahmen und Möglichkeiten zur Hilfe nutzen und auch einsetzen.

Doch heute geht es um den Antrag der Oppositionsfraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorgänge während des Rettungsversuches der Landesregierung in den vergangenen Monaten zu überprüfen. [...]

Die Werften in Stralsund und Wolgast sind keine Blackbox, die erst noch ausgeleuchtet werden muss.

Ich bin der Meinung, dass die Opposition alle Antworten auf die genannten Fragen bereits kennt oder zumindest längst kennen könnte. Durch engagierte Arbeit in den bestehenden Ausschüssen hätten dem Steuerzahler die nun anstehenden enormen Kosten für den Untersuchungsausschuss erspart werden können.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Zuletzt in der vorausgegangenen Landtagssitzung haben wir umfangreich dargestellt, dass es für die Rettung der P+S Werften hier im Haus einen breiten politischen Konsens gab. In Pressemitteilungen vom Mai dieses Jahres haben sowohl

die Linkspartei als auch die Bündnisgrünen öffentlich ihre Unterstützung zugesichert. Ende Mai wurden alle Fraktionen, also auch DIE LINKE und die GRÜNEN, im Wirtschafts- und Finanzausschuss detailliert von den zuständigen Staatssekretären Herrn Dr. Rudolph und Herrn Dr. Mediger über die geplante Rettungsbeihilfe informiert. Alle Fragen – ich betone hier ausdrücklich, alle Fragen – der Vertreter der Oppositionsfraktionen wurden dabei ausführlich und zufriedenstellend beantwortet.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist nicht wahr.)

Es sind keine Fragen offengeblieben.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist nicht wahr, was Sie da sagen.)

Herr Holter, Sie haben noch zu Beginn der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 23.08., als wir über die Insolvenz der P+S Werften durch den Wirtschaftsminister informiert wurden, sinngemäß Folgendes gesagt: Warten wir doch erst mal ab, bisher wurden wir ja immer umfassend informiert. [...]

Die Werften in Stralsund und Wolgast sind keine Blackbox, die erst noch ausgeleuchtet werden muss. Zu jedem Zeitpunkt signalisierten alle demokratischen Parteien, also auch die Parteien, die heute die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragen, dass sie die Entscheidungen hinsichtlich der Rettungsversuche der Landesregierung mittragen würden.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig, Herr Eifler.)

Außerdem gab es von keiner Seite Zweifel daran, sowohl im Wirtschaftsausschuss als auch im Finanzausschuss umfassend über die tagaktuelle Situation auf den P+S Werften informiert worden zu sein.

(Udo Pastörs, NPD: Auch das ist nicht wahr.)

Selbstverständlich wurden mit allen Rettungsmaßnahmen auch die Risiken geprüft und in die Entscheidung mit einbezogen. Jeder Schritt zur Rettung wurde sowohl durch die Landesregierung, das Wirtschafts- und Finanzministerium und vor allem durch vereidigte, unabhängige und renommierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und auch durch Schiffbausachverständige kontrolliert und durchgerechnet. Also im ständigen Dialog wurden die Rettungsmaßnahmen vor Ort von allen Beteiligten begleitet. Ihre grundsätzliche Frage nach der Mitverantwortlichkeit der Landesregierung am Scheitern der Werften sehe ich hierdurch bereits beantwortet. [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den demokratischen Oppositionsfraktionen, in dem von Ihnen beantragten zeit- und vor allem kostenintensiven Verfahren eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses werden Sie sehr wahrscheinlich zu keinen anderen Ergebnissen kommen. [...]

Lassen Sie mich ausdrücklich klarstellen:

Erstens. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist ein wirksames und wichtiges Instrument der parlamentarischen Demokratie.

Zweitens. Gemäß der Verfassung unseres Landes hat die Opposition natürlich ein Anrecht auf Antworten zu ihren Fragen. Aber auch die Opposition muss sich an dieser Stelle Fragen gefallen lassen.

Herr Holter, Sie sollten doch – und das unterstelle ich Ihnen [...] – als langjähriger Minister des Landes bestens vertraut sein mit der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt und natürlich auch mit den immer wieder auftretenden komplizierten Situationen auf den Werften in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist er ja auch.)

Sehr geehrter Herr Suhr, erwecken Sie doch nicht den Eindruck, von der schwierigen Lage auf den Werften bis zu dem Zeitpunkt, als die Insolvenz angemeldet worden ist, nichts gewusst zu haben! Wenn das so ist, ist das sehr bedauerlich. [...] Sie kommen doch aus Stralsund und konnten direkt vor Ihrer Haustür jeden Morgen die Lage der P+S Werften kontrollieren und beurteilen. [...]

Kritik an dem umfassenden Engagement der Landesregierung bei dem Rettungsversuch der P+S Werften war von Ihrer Seite jedenfalls nicht zu hören.

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nee, immer nur Zustimmung.)*

Auch gegenüber der stetigen Information über die aktuelle Lage auf den betreffenden Werften in Stralsund und Wolgast und der Arbeit in den Ausschüssen regte sich absolut kein Widerspruch.

*(Vincent Kokert, CDU: Richtig. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Eher im Gegenteil.)*

Die umfassende Aufklärung und Information über alle Sachverhalte war folglich gegeben. Daher kann ich nur eines feststellen: Mit Ihrem Antrag, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, geht es Ihnen scheinbar nicht vordergründig um Aufklärung. [...] Mit diesem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss verfolgen Sie vielmehr ein ganz offensichtliches politisches Kalkül. [...] Wie also wollen Sie den Steuerzahlern erklären, dass nun jährlich circa 1,1 Millionen an Steuergeldern eingesetzt werden müssen, um Sachverhalte zu untersuchen, die im einhelligen parlamentarischen Konsens aller demokratischen Parteien beschlossen wurden?

*(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)*

Lassen Sie es mich auf den Punkt bringen: Dieser Untersuchungsausschuss ist für das Parlament mithin die teuerste

und aufwendigste Art und Weise der Auseinandersetzung mit Sachverhalten. Die Zeit, die Energie und das Geld wären in ein zielgerichtetes Engagement für die Menschen vor Ort sehr viel besser angelegt.

*(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wohl wahr.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, basierend auf einem breiten politischen Konsens hat die Landesregierung die Werftenrettung mit einem hohen Maß an Verantwortungsbewusstsein und mit Engagement betrieben. Binnen kürzester Zeit und auch unter Einbeziehung der Bundesregierung wurde jede nur denkbare Möglichkeit geprüft, um die Werften zu retten. Hierzu wurden seitens der Europäischen Union Rettungsbeihilfen in historisch einmaliger Höhe von 152,4 Millionen Euro genehmigt. Leider, wie wir mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen mussten, waren alle Anstrengungen, die bis an die rechtlich und finanziell zusätzlichen Grenzen gingen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

letztendlich nicht von dem Erfolg gekrönt, den wir erhofft hätten. [...] Doch wir sind optimistisch, dass ein Neubeginn auch an diesen Werftenstandorten gelingen wird. [...] Die Koalitionsfraktionen werden diesen Neuanfang selbstverständlich konstruktiv begleiten. [...] Im Sinne der betroffenen Werftarbeiterinnen und Werftarbeiter in Stralsund und Wolgast hätten wir auch von Ihnen, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erwartet, sich auf den Neuanfang zu konzentrieren. [...]

Die CDU-Fraktion hält einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in der Angelegenheit der Insolvenz der P+S Werften für nicht erforderlich, mehr noch, wir halten ihn sogar für Geldverschwendung. Gleichwohl sehen wir aufgrund der Geschäftsordnung es als verfassungsrechtlich geboten, uns bei diesem Antrag heute zu enthalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Anmerkung

Zum Abdruck von Debattenauszügen in den Landtags-Nachrichten müssen die Redner in der Regel ihre Beiträge kürzen. Für den Leser wird durch Auslassungszeichen verdeutlicht, wo Passagen entfallen sind. Außerdem wurden wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit Zwischenrufe weggelassen. In der Debatte sprach nach Jeannine Rösler (DIE LINKE) noch einmal Jochen Schulte (SPD). Wer die Debatte im vollen Wortlaut nachlesen möchte, findet das Wortprotokoll auf der Internetseite des Landtages.

www.landtag-mv.de

(Mediathek/Parlamentsdokumente/Plenarprotokollauszüge)

Udo Pastörs, NPD:

„Wir brauchen den Untersuchungsausschuss“

Fotos: Uwe Baleski



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...] Herr Schulte hat hier ausgeführt, [...], warum wir keinen Untersuchungsausschuss brauchen. Und wir sagen Ihnen jetzt, warum wir einen Untersuchungsausschuss benötigen [...]. Wir brauchen einen Untersuchungsausschuss, weil der Herr Wirtschaftsminister im Ausschuss bei uns sich über das Verlesen einer vorgefertigten Mitteilung aus seinem Ministerium hinaus nicht in der Lage sah, konkrete Fragen dem Ausschuss zu beantworten.

Er konnte keine konkreten Antworten geben, unter anderem auf folgende Fragen:

Erstens. Welche Rolle hat das Landesförderinstitut gespielt? Zweitens. Was hat der Werftbeauftragte nicht getan oder getan? Warum hat der nicht gearbeitet oder nur sehr kurz gearbeitet? [...] Wie kam es zum Finanzchaos in der Werft, wo Anzahlungen von neu in Auftrag gegebenen Schiffen Verwendung fanden für bereits im Bau befindliche Schiffe? [...]

Das Dritte war natürlich die Frage, ist eventuell auch hier zum wiederholten Male mit Fördergeldschwindel zu rechnen in den Ermittlungen, die hier angestellt werden sollen und müssen. [...]

„ Ist auch hier zum wiederholten Male mit Fördergeldschwindel zu rechnen? “

Wir brauchen den Untersuchungsausschuss, weil es hier um nicht weniger als eine halbe Milliarde, eine halbe Milliarde Steuergelder geht, für die der Steuerzahler geradezustehen hat und, so wie es aussieht, komplett in Haftung genommen wird. [...]

Wir wollen auch geklärt wissen, wann die Landesregierung von PwC was erfahren hat, damit wir nämlich den Ministerpräsidenten auch vorladen können als Zeugen, [...] damit

er darüber Auskunft gibt, auf welcher Sachkenntnislage er die 152 Millionen noch freigegeben hat und eventuell damit die Zulieferer schwer geschädigt hat, in eine Falle hineingelockt hat, weil sie ihm vertrauen, als Signal, die 152 Millionen, dass hier alles gut wird. Denn der Zulieferer nimmt dieses Signal auf [...] und sagt, wenn geprüft worden ist von einer Gesellschaft, die Fachkompetenz besitzt, und die Landesregierung zu der Einschätzung gelangt, dass die 152 Millionen ganz schnell jetzt noch auf den Tisch gepackt werden können, weil das Ganze ja eine sehr gute Perspektive dadurch bekommt, dann wird der Mittelständler selbstverständlich sagen, gut, dann werden wir eventuell auf Forderungen verzichten oder noch mal auf eine Verlängerung der Zahlungsziele hin uns bewegen und dann weiter zuliefern. Und das ist geschehen. [...]

Jeannine Rösler, DIE LINKE:

„Alle demokratischen Mittel einsetzen“



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...]

Es ist falsch, Herr Eifler, wenn Sie behaupten, dass alle unsere Fragen in den Ausschüssen umfassend beantwortet worden sind. Es ist auch falsch, niemals hat die Opposition in den Ausschüssen signalisiert, dass sie keine Zweifel daran hätte, umfassend informiert worden zu sein. Die heutige Debatte hat mir erneut vor Augen geführt, dass SPD und CDU partout keinen Aufklärungsbedarf erkennen wollen. [...]

Mein Fraktionsvorsitzender Herr Holter und auch der Vorsitzende der Bündnisgrünen Herr Suhr konnten heute vorbringen, was sie wollten – aus Sicht von SPD und CDU alles nur Getöse der Opposition. [...]

„ Ja, der Untersuchungsausschuss kostet Geld, wie übrigens Demokratie generell, wenn sie funktionieren soll. “

Ich will nicht noch einmal darlegen, warum wir den Untersuchungsausschuss für erforderlich und sinnvoll halten. Das haben die Kollegen der demokratischen Oppositionsfraktionen bereits getan. [...] Ich will auf ein anderes Argument eingehen: Es sei nicht im Interesse der Menschen, wenn Geld für die heute geforderte parlamentarische Aufklärung eingesetzt würde. – Ja, der Untersuchungsausschuss kostet Geld, wie übrigens Demokratie generell, wenn sie funktionieren soll.

Wenn das Vertrauen in die Politik so gering ist wie derzeit, ist es wichtig, alle demokratischen Mittel einzusetzen und sie auch zu erklären, damit sie nachvollziehbar sind. Es wäre im Übrigen auch undemokratisch, wenn die Kosten als Begründung für die Nichtbenutzung demokratischer Mittel herhalten sollten.

Parlamentarische Kontrolle kostet Geld, ohne Frage, und es ist in der Tat viel Geld. Wir müssen daher gut überlegen, ob wir für die Aufklärung der Vorgänge so viel Geld in die Hand nehmen und wie wir die Aufklärung effektiv gestalten

wollen. Die Fraktionen der LINKEN und der Bündnisgrünen haben sich das sehr wohl überlegt. [...]“

Meine Damen und Herren, beginnen wir also zügig mit der Arbeit und verzichten wir auf juristische Winkelzüge, die die Arbeit des Untersuchungsausschusses behindern und unnötig in die Länge ziehen!“

Abstimmung

Der Antrag der Fraktionen DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, B'90/DIE GRÜNEN, NPD und Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und CDU angenommen.

Drucksache 6/1123

Konstituierung

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss nimmt Arbeit auf



Foto: Cornelius Kettler

vorn v.l.: Beate Schlupp, Jochen Schulte, Jeannine Rösler, Stefanie Drese, Wolfgang Waldmüller, hinten: Helmut Holter, Tilo Gundlack, Jürgen Suhr (stv. Mitglied), Thomas Krüger, Udo Pastörs, Torsten Renz

In seiner Plenarsitzung am 28. September hatte der Landtag auf Antrag der Oppositionsfraktionen DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN beschlossen, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Seine Aufgabe: die Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften GmbH.

Am 17. Oktober hat sich der Untersuchungsausschuss konstituiert. Dem Ausschuss gehören elf Abgeordnete an, die Zusammensetzung orientiert sich am Stärkeverhältnis der Fraktionen im Landtag. Den Vorsitz übernimmt Jochen Schulte (SPD), sein Stellvertreterin ist Jeannine Rösler (DIE LINKE).

Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses

SPD	Jochen Schulte, Vorsitzender Stefanie Drese Tilo Gundlack Thomas Krüger
CDU	Beate Schlupp Torsten Renz Wolfgang Waldmüller
DIE LINKE	Jeannine Rösler, stv. Vorsitzende Helmut Holter
B'90/DIE GRÜNEN	Johannes Saalfeld
NPD	Udo Pastörs

Ältere Menschen in MV

Studie zur Lebenssituation Älterer vorgestellt

Den meisten Senioren in Mecklenburg-Vorpommern geht es wirtschaftlich gut. Zu dieser Einschätzung gelangt eine Studie der Universität Rostock zur Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern, die die Enquete-Kommission des Landtages „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ beim Department „Altern des Individuums und der Gesellschaft“ der Universität Rostock in Auftrag gegeben hatte. Am 12. Oktober stellte Prof. Dr. Thusnelda Tivig die Studie in der Kommission vor.



Prof. Dr. Thusnelda Tivig

Bei ihren Erhebungen untersuchten die Wissenschaftler u.a. Altersstruktur und Lebenserwartung, Familien- und Lebensformen, Generationenbeziehungen und außerfamiliäre Netzwerke, Bildungsstand und Erwerbsbeteiligung, die Einkommenssituation, die medizinische Versorgung, Wohnumfeld, Mobilität und Sicherheit sowie die kulturelle und politische Teilhabe.

Der wachsende Anteil älterer Menschen ergibt sich – so die Grundlagenexpertise – nicht allein aus der steigenden Lebenserwartung, die im Übrigen im Bundesvergleich weiter unterdurchschnittlich bleibt. Viel wichtiger sei der deutliche Rückgang der Zahl jüngerer Menschen im Land durch Abwanderung und Geburtenrückgang. Selbst der Anteil der 55- bis 64-Jährigen im Land gehe noch zurück, übrigens gegen den Bundestrend.

Ältere in Mecklenburg-Vorpommern leben zu fast zwei Dritteln in Zwei-Personen-Haushalten, meistens als Ehepaar. Auch die sozialen Netzwerke im Alter werden weitgehend von Gleichaltrigen gebildet.

Langjährige Routinen werden im Alter aufrechterhalten: wer vorher ehrenamtlich tätig war, der bleibt es. Und wer sich früher nicht gesellschaftlich engagiert hat, der fängt im Alter meistens auch nicht mehr damit an. Dabei gebe es hinsichtlich des organisierten Ehrenamtes einen Nachholbedarf gegenüber den westlichen Bundesländern. Bei den informellen Hilfeleistungen, etwa im Rahmen der Nachbarschaftshilfe, ließen sich hingegen kaum Unterschiede zwischen Ost und West feststellen.

Auf Kritik stießen schon vor der Sitzung die Aussagen zur finanziellen Situation der Älteren. Nach den Ausführungen von Prof. Tivig geht es den Senioren in unserem Land heute – zumindest statistisch – gar nicht so schlecht. Den Älteren stehe heute mehr Einkommen zur Verfügung als noch vor zehn Jahren. Ein erheblicher Anteil Älterer (rund 40 Prozent) habe Wohneigentum, und die Höhe der Gesamteinkünfte aus Renten steige kontinuierlich an. Im Bundesvergleich sei in Mecklenburg-Vorpommern nur ein unterdurchschnittlicher Anteil der Älteren auf die Grundsicherung im Alter angewiesen.

Die Erwerbstätigkeit Älterer hat sich laut Studie im Zeitraum 2000 bis 2010 positiv entwickelt. So sei die Beschäftigung der 60- bis 64-Jährigen fast auf das Dreifache gestiegen, die Erwerbstätigenquote erhöhte sich von 13 auf fast 37 Prozent. Die Entwicklung bei den jüngeren Alten sei auch positiv, aber schwächer. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg hier um 40 bis 50 Prozent. Gleichzeitig war aber auch der Zuwachs der geringfügigen Beschäftigung sehr hoch, besonders unter den 55- bis 59-Jährigen.

Im Anschluss an den Vortrag von Prof. Dr. Thusnelda Tivig stellten die Kommissionsmitglieder noch zahlreiche Nachfragen. Soweit möglich, sollen diese in einer überarbeiteten Fassung der Grundlagenexpertise berücksichtigt werden. Dies ist für Ende November angekündigt.

Das Grundlagenpapier finden Sie auf der Website des Landtages:

www.landtag-mv.de (Landtag/Ausschüsse/Enquete-Kommission/Kommissionsdrucksache 6/7)

Fotos: Cornelius Kettler



Die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ bei der Präsentation der Studie am 12. Oktober im Plenarsaal des Schweriner Schlosses.



Seit 1993 wird das Gestüt Redefin als Landesbetrieb geführt.

Landgestüt Redefin

Thema im Agrarausschuss und im Finanzausschuss

2014 will das Land ein „vollständiges und detailliertes neues Entwicklungskonzept“ für das landeseigene Gestüt Redefin vorlegen. Grundlage dafür sollen die Prüfergebnisse sein, die ein anerkannter Wirtschaftsprüfer bis zum Frühjahr 2013 vorlegen soll. Um sich über die aktuelle Situation und die zukünftige Entwicklung des Landgestüts ein detailliertes Bild zu machen, führten der Agrar- und der Finanzausschuss am 20. September eine gemeinsame Beratung vor Ort durch, zu der auch Agrarminister Dr. Till Backhaus teilnahm.

In seinen einführenden Worten erinnerte der Vorsitzende des Agrarausschusses **Prof. Dr. Fritz Tack** daran, dass es in der 1. Wahlperiode des Landtages fraktionsübergreifender Konsens gewesen sei, das damalige Hengstdepot Redefin von der Treuhandanstalt in Landeshoheit zu übernehmen. Seit 1993 werde Redefin als Landesbetrieb geführt.

Minister **Dr. Till Backhaus** erläuterte den Abgeordneten die Bedeutung des Gestüts für den regionalen und überregionalen Tourismus und informierte über die laufenden und geplanten Baumaßnahmen sowie die Einnahmen- und Kostenentwicklung. Der jährliche Zuschussbedarf liege gerade einmal bei einem Euro pro Einwohner. Auf der Habenseite stünden zwischen 39 und 42 hochqualifizierte Festangestellte und 15 Auszubildende. Für ein staatliches Gestüt sprächen zudem die sieben bis acht Mrd. Euro, die Pferdeliebhaber Backhaus zufolge in Deutschland für ihr Hobby ausgeben würden. Davon entfielen auf Mecklenburg-Vorpommern immerhin 330 bis 350 Mio. Euro, für die es sich lohne, „ein Kompetenzzentrum rund um das Pferd zu erhalten“. Hinzu komme, dass es weder in Schleswig-Hol-

stein noch in Hamburg ein Landgestüt gebe, das sich der Erhaltung der genetischen Vielfalt, der Stutenbestände, der pferdezüchterischen Traditionen sowie der Aus- und Weiterbildung verpflichtet sehe.

Breiten Raum der Diskussion nahm die zukünftige Entwicklung des Landgestüts ein. 2014 will das Land ein „vollständiges und detailliertes neues Entwicklungskonzept“ für das landeseigene Gestüt Redefin vorlegen. Grundlage dafür sollen die Prüfergebnisse sein, die der beauftragte anerkannte Wirtschaftsprüfer im 1. Quartal 2013 vorlegen soll. Diese sollen bereits in die Beratungen zum Doppelhaushalt 2014/2015 einfließen, die schon im 2. Halbjahr 2013 beginnen.

Beide Ausschüsse wollen am Thema dranbleiben und sich beim Vorliegen neuer Erkenntnisse erneut mit dem Landgestüt befassen.

Hintergrund

Letztmalig waren die Finanzausstattung und das Portfolio des Landgestüts im Zusammenhang mit der Stellungnahme des Agrarausschusses während der abschließenden Beratung des Einzelplanes 08 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz – am 19. April 2012 im Finanzausschuss erörtert worden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte dabei kritisch hinterfragt, ob die denkmalschutzgerechte Sanierung des klassizistischen Gesamtensembles am Standort Redefin als Begründung dafür herhalten könne, dass die Pferdezucht oder die Unterhaltung einer Landesreit- und -fahrschule tatsächlich Aufgaben des Staates seien, während an anderen Stellen strikt gespart werde. Daraufhin hatte Agrarminister Dr. Till Backhaus den Ausschüssen einen Besuch des Landgestüts empfohlen. Dieser Einladung waren der Agrar- und der Finanzausschuss nachgekommen.

Fahrräder in Zügen

Petitionsausschuss beriet Bürgerbeschwerden mit den Verantwortlichen

Der Petitionsausschuss beriet am 13. September unter anderem mit Vertretern des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, der Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern GmbH sowie der DB Regio AG über drei Petitionen, in denen sich Bürger darüber beschwerten, dass Jahreskartenbesitzer seit dem 1. Januar 2012 ihre Fahrräder nicht mehr kostenlos im Zug mitnehmen können.

Die Anzuhörenden begründeten die Kündigung der Vereinbarung zwischen dem Land und der DB Regio AG zur kostenlosen Fahrradmitnahme mit den gestiegenen Kosten. Die Ausgleichszahlungen, die das Land für diesen Service bisher an die DB Regio gezahlt habe, hätten sich seit 2006 nahezu verdoppelt. Eine derart hohe Förderung sei angesichts der begrenzten Haushaltsmittel nicht mehr leistbar gewesen. Das Angebot des Landes, die Vereinbarung mit deutlich geringeren Ausgleichszahlungen aufrechtzuerhalten, habe die DB Regio abgelehnt. Somit sei das Land gezwungen gewesen, die Vereinbarung zu kündigen.

Ergänzend wurde ausgeführt, dass das Land einen integrierten Landesverkehrsplan erarbeitet. Hierbei werde man auch über die Thematik „Fahrräder“ insgesamt beraten, wobei neben der Fahrradmitnahme in Zügen auch die Bereitstellung von ausreichend Fahrradstellplätzen an den Bahnhöfen diskutiert werden müsse.

Im Ergebnis der Beratung beschloss der Petitionsausschuss, dem Landtag zu empfehlen, die drei Petitionen der Landesregierung zu übergeben, damit die Anliegen der Petenten in die Beratungen zum Landesverkehrsplan mit einfließen.

Foto: Jens Bürtner



Meeresschutz

Nachhaltige Nutzung der Meere optimieren

Am 19. und 20. September fand in Riga eine vom CLEAN-SHIP-Projekt organisierte Konferenz zur sauberen Schifffahrt in der Ostsee statt. Angesichts der anstehenden Absenkung des Anteils von Schwefel in Schiffskraftstoffen ab 2015 wurden Lösungen vor allem aus Sicht der Schiffshersteller und -betreiber, der Häfen sowie der zuständigen Behörden beleuchtet.

Als Alternativen zu den bisher in der Schifffahrt genutzten Schwerölen wurden vor allem Methanol, Wasserstoff und Flüssiggas diskutiert. Gemein sei allen drei Treibstoffen, dass sie die erforderlichen Emissionsenkungen bei Stickstoff, Schwefel und Feinstaub ermöglichen. Wasserstoff und Flüssiggas jedoch würden teure Umrüstungen bei vorhandenen Schiffen erforderlich machen, die für die Schiffshersteller und -betreiber oft nicht finanzierbar seien. Sowohl Methanol wie auch das daraus produzierbare Dimethylester hingegen könnten mit bestehenden Diesel-Gas- bzw. Dieselmotoren verwendet werden.

Weitere Themen waren die landseitige Stromversorgung von Schiffen in Häfen, der Ausbau von Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabwasser, die Hafengebühren für Schiffe und die Nutzung maritimer Daten für Entscheidungen von Akteuren aus Wirtschaft und Politik.

Als maritimer Berichterstatter der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) bekräftigte der Landtagsabgeordnete **Jochen Schulte** zusammen mit seinem Kollegen Roger Jansson von den Åland-Inseln in einer schriftlichen Stellungnahme, dass die Abgeordneten auch künftig und angesichts strengerer Umweltauflagen ihren politischen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Industrie leisten würden. Die Berichterstatter verwiesen auf die Resolutionsbeschlüsse der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz im Bereich der Integrierten Maritimen Politik, in die Positionen gerade auch der maritimen Industrie eingeflossen seien. Es müsse weiterhin das Ziel verfolgt werden, die nachhaltige Nutzung der Meere zu optimieren.



Foto: Uwe Sinnecker



Foto: Landtag MV

Anhörung im Plenarsaal des Schlosses

Direkte Demokratie

Öffentliche Anhörungen im Europa- und Rechtsausschuss

Der Europa- und Rechtsausschuss führte Mitte September zwei öffentliche Anhörungen durch. Beide betrafen die direkte Beteiligung der Bürger an der Politik. Am 21. September ging es um die Volksinitiative „Für den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstruktur“ (Drucksache 6/1021). Bei der Anhörung am 19. September stand der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Absenkung der Quoren für Volksbegehren und Volksentscheide (Drucksache 6/732) auf der Tagesordnung.

Gerichtsstrukturereform

Die Volksinitiative „Für den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstruktur“ möchte erreichen, dass der Landtag einer Schließung einzelner Gerichtsstandorte nur zustimmt, „wenn die Präsenz der Justiz in einem Flächenland in Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleibt“.

Schon im Vorfeld zeichnete sich ein breites Interesse der Öffentlichkeit an der Reform der Gerichtsstruktur ab: Über 34.000 Unterschriften hatte die Volksinitiative gesammelt – die Landesverfassung erfordert 15.000 Unterstützer-Unterschriften. Und auch die vom Europa- und Rechtsausschuss durchgeführte öffentliche Anhörung stieß auf ein reges Interesse in der Öffentlichkeit.

Die Vertreter der Volksinitiative erklärten, Hintergrund ihres Antrages sei die Befürchtung, dass die geplante Reform der Gerichtsstruktur den Bürgern den Zugang zu den Gerichten unangemessen erschwere. Gerichtsschließungen dürften nicht dazu führen, dass die Bürger unzumutbare Entfernungen zurücklegen müssten, um ein Amtsgericht zu erreichen.

Die Sachverständigen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft kamen zu ganz unterschiedlichen Einschätzungen. In vielen Punkten begrüßten sie den Antrag der Volksinitiative. Einzelne Sachverständige gaben jedoch zu bedenken, ob nicht

ein Teil der Forderungen der Volksinitiative bereits im aktuellen Eckpunktepapier der Koalition berücksichtigt worden sei.

Die Initiatoren betonten, eine Anpassung der Gerichtsstruktur an die demografische und finanzielle Entwicklung des Landes und damit einen Reformbedarf nicht grundsätzlich in Abrede zu stellen. Strittig waren aber beispielsweise Vorstellungen des Justizministeriums zu einer Mindestgröße von Amtsgerichten. Nach der Anhörung erklärte der Ausschussvorsitzende **Detlef Müller**: „Die Anhörung hat eindrucksvoll gezeigt, dass die Gerichtsstrukturereform von großem öffentlichen Interesse ist und die Betroffenen verständlicherweise sehr bewegt. Jetzt ist es Sache der Fraktionen, die Anhörung sorgfältig auszuwerten.“

In seiner Sitzung am 10. Oktober beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Landtag die Zustimmung zum Antrag der Volksinitiative zu empfehlen.

Quoren bei Volksbegehren und Volksentscheid

Der Gesetzentwurf der Bündnisgrünen zur Änderung der Landesverfassung sieht eine Halbierung des Beteiligungsquorums für Volksbegehren und des Zustimmungsquorums für den Volksentscheid bei einfachen Gesetzen vor. Ziel des Vorschlags sei damit eine Erleichterung der in der Verfassung vorgesehenen Elemente der direkten Demokratie. Bislang setzen ein Volksbegehren ein Beteiligungsquorum von 120.000 Wahlberechtigten und ein Volksentscheid ein Zustimmungsquorum von einem Viertel der Wahlberechtigten voraus.

Die Sachverständigen nahmen aus juristischer und politikwissenschaftlicher Perspektive umfassend zu dem Gesetzentwurf Stellung. Einige begrüßten eine Absenkung des Zustimmungsquorums beim Volksentscheid, allerdings zum Teil in geringerem Umfang als im Gesetzentwurf gefordert. Auch die kommunalen Spitzenverbände äußerten sich differenziert. Zudem wurde darauf aufmerksam gemacht, dass in Mecklenburg-Vorpommern seit 1994 kein Volksentscheid zustande gekommen sei, wobei die Ursachen hierfür vielfältig sein können. 1994 hatten die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in einem Volksentscheid die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beschlossen.



Foto: Landeshauptarchiv MV

Das Schloss nach der Abdankung des Großherzogs Von der Herzogsresidenz zum Zentrum der Demokratie – zwischen diesen beiden Eckpfeilern liegen viele Facetten der wechselvollen Nutzungsgeschichte des Schweriner Schlosses im 20. Jahrhundert noch weitgehend im Dunkeln. Der Journalist Andreas Frost wird für die Landtagsnachrichten in den Archiven stöbern, Fachleute ausfragen und an dieser Stelle in lockerer Folge über seine „Entdeckungen“ berichten.

Folge 5: Der Königssaal wird Radio-Senderaum

Wahrscheinlich war es Zufall, dass der Schlosskirchenchor am 18. Dezember 1932 das Adventslied „Wer soll dich empfangen“ in die Mikrofone der Nordischen Rundfunk AG (Norag) sang. Vielleicht war es auch eine musikalische Spitze gegen den Sender. Denn der hatte kein Interesse mehr an jenem Raum, aus dem heraus der Chorgesang zum Auftakt der „Morgenstunde“ in die letzten Winkel Norddeutschlands gelangte – sofern die Radios eingeschaltet waren. Es war die letzte Sendung, die in den Pioniertagen des Rundfunks im Schweriner Schloss aufgenommen wurde – nur fünf Jahre, nachdem das Schloss begonnen hatte, eine kleine Rolle in der Geschichte des jungen Mediums zu spielen.

Mit kulturpolitischem Sendungsbewusstsein hatte sich die Landesregierung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin 1926 bei der Norag in Hamburg beworben. In der neuen Rundfunkwelt wollten die Mecklenburger nicht überhört werden. Einen eigenen Sender bekamen sie nicht. Aber weil sie „in Anerkennung des außerordentlich propagandistischen Wertes“ für die „geistige und künstlerische Arbeit des Landes“ im Schloss einen Besprechungsraum bereitstellten, versprach die Norag, die Mecklenburger häufiger in ihrem Programm zu berücksichtigen.

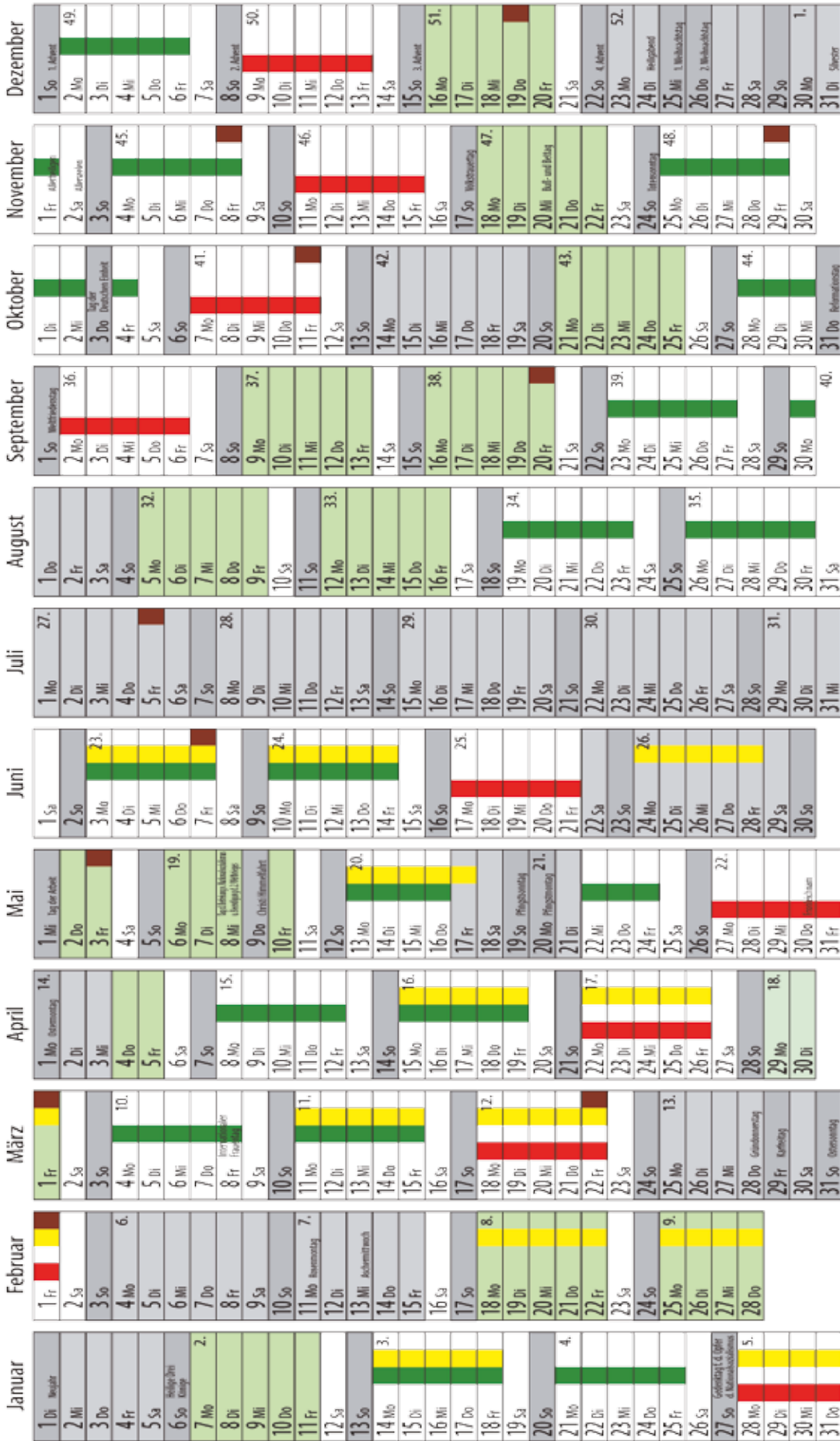
Für 10.000 Reichsmark wurde der ehemalige Königssaal hergerichtet, der beim Brand von 1913 zerstört worden war. Heute befindet sich dort das Schlosscafé. Auf dem Parkett wurden schallschluckende Teppiche verlegt, die Wände und die Decke mit dickem, faltenreichem Wollfries bespannt, die Türen und Fenster verhangen. Die Norag stellte die Möbel und die Technik. Aus der Besprechungsstelle sollten „alle künstlerischen, wissenschaftlichen und rein unterhaltenden Darbietungen mecklenburgischer Künstler und Gelehrter durch Drahtleitung auf den Hamburger Sender übertragen“ werden.

Zur Eröffnung am 9. August 1927 gelangten zahlreiche Würdenträger über die steinerne Wendeltreppe an der Südseite des Innenhofes, dann über die offene Balustrade und durch den technischen Vorraum in den Sendesaal. Ein Streichquartett umrahmte die Reden mit Beethoven und Brahms. Danach wurde das niederdeutsche Schauspiel „Bahnmeesters Dod“ übertragen. Die „Mecklenburgische Zeitung“ bemängelte jedoch, dass in diesem Programm von Mecklenburg keine Spur zu entdecken gewesen sei.

Nach der Eröffnung herrschte drei Monate Sendepause. Auf Nachfrage der besorgten Schweriner Kulturbeamten machte die Norag technische Probleme geltend. Ein Rauschen habe die Übertragung gestört und zu Beschwerden der Hörer geführt. Erst kurz vor Weihnachten erklangen wieder ein klassisches Konzert und eine Morgenfeier aus Schwerin. Was den Schwerinern nicht reichte. Immer wieder machten sie dem Sender Programm-Vorschläge – meist erfolglos. Opern lehnte die Norag sowieso ab, da „der überwiegende Teil der Rundfunkhörer die Theater nicht besucht und daher beim Anhören einer Oper keinerlei Vorstellung von den Vorgängen auf der Bühne haben kann“. Um Mecklenburg mehr Gehör zu verschaffen, bemühte sich die Landesregierung beim Reichspostminister um einen eigenen Sender für die Region. Als das Schweriner Staatstheater spitzbekam, dass dieser in Rostock gebaut werden könnte, protestierte der Intendant. Das künstlerische Programm könne „sicher durch das Staatstheater besser geboten werden, als durch das Stadttheater in Rostock“. Überdies würde das Staatstheater um eine Einnahmequelle gebracht. Die Honorare der Norag reichten jedoch nie an jene 10.000 Reichsmark pro Jahr heran, die der Sender den Schwerinern angeblich versprochen hatte.

1932 wurde der Rundfunk in Deutschland verstaatlicht. Auch die rasante Entwicklung der Sendetechnik trug offenbar dazu bei, dass der Senderaum im Schweriner Schloss nicht mehr benötigt wurde. 1934 wurde er als Magazinraum für das geplante Bauernmuseum freigegeben.

Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2013



Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwerin
 Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
 E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de

Sitzungswochen Landtag
 Sitzungsfreie Zeit

Für Verhandlungen der Fraktionen, die Wahlkreise und Sonderentscheidungen der Ausschüsse reservierte Zeit

Tagungswochen Deutscher Bundestag
 Plenarsitzungen Bundestag
 Sitzungsfreie Zeit

* Tagungswochen des Deutschen Bundestages bis zur Wahl

Stand: 9. Mai 2012

(Adressfeld für Abonnenten)

Foto: Landtag M-V



Abgeordnete des Parlaments der Republik Indonesien besuchten am 27. September den Landtag. Die Gäste informieren sich auf Einladung des Auswärtigen Amtes in verschiedenen Bundesländern über regionale und kommunale Verwaltungsstrukturen. In Schwerin tauschten sich die Indonesier mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, der 3. Vizepräsidentin Silke Gajek sowie den Abgeordneten Jeannine Rösler (DIE LINKE), Heinz Müller (SPD) und Marc Reinhardt (CDU) zu Verwaltungsstrukturen, Gesetzgebungskompetenzen, der Gemeindefinanzierung sowie der Bedeutung der erneuerbaren Energien für M-V aus. v.l. Delegationsleiter H. Totok Daryanto, Sylvia Bretschneider, Silke Gajek, Heinz Müller, Bodo Bahr (Verwaltung), Marc Reinhardt.

Foto: Landtag M-V



Der Landtag lädt alle zwei Jahre Delegierte der Seniorenbeiräte, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, der Seniorenorganisationen der Parteien sowie der Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie der Bundeswehr zum Altenparlament in das Schweriner Schloss ein. Am 27. September konstituierte sich im Beisein von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider das Organisationskomitee für das 8. Altenparlament im kommenden Jahr. 1999 trat auf Initiative des damaligen Landtagspräsidenten Hinrich Kuessner das Altenparlament erstmals zusammen.

Am 9. Oktober begrüßte Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp eine Gruppe der Oberbergischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit im Landtag. Diese Vereinigung ist eine von 80 Gesellschaften in Deutschland, die sich für die Rechte aller Menschen auf Leben und Freiheit ohne Unterschied des Glaubens, der Herkunft oder des Geschlechts einsetzen. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Beate Schlupp standen die Rolle der demokratischen Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern, die Probleme mit dem Rechtsextremismus, das Agieren der NPD im Landtag und der „Schweriner Weg“ zum Umgang der demokratischen Fraktionen mit den Anträgen der NPD-Fraktion.

Foto: Cornelius Kertler

